

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVI. Jahrgang, Nr. 9

September 1953

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Konjunkturbelebung — Senkung der Bankrate — Preiskorrekturen — Liberalisierung und Gläubigerstellung in der EZU

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel

Österreichs handelsvertragliche Beziehungen seit Kriegsende

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Konjunkturbelebung — Senkung der Bankrate — Preiskorrekturen — Liberalisierung und Gläubigerstellung in der EZU

Die leichte Konjunkturbelebung im II. Quartal 1953 setzte sich im Sommer deutlicher durch. Produktion und Umsätze gingen weniger zurück und die Beschäftigung stieg stärker, als den Saisonenerwartungen entsprach. Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat auch die Herbstsaison früh und in vielen Zweigen kräftig eingesetzt.

Die *Industrieproduktion* je Arbeitstag sank im Juli nur um 6%, während saisongemäß mit einem Rückgang von 8% zu rechnen war. Der saisonbereinigte Produktionsindex war mit 169,7% von 1937 um 5% höher als im Juli 1952 und erreichte wieder annähernd den Stand vor Beginn der Konjunkturschwäche im Spätherbst 1951. (Im Durchschnitt des 1. Halbjahres hatte die Industrie noch um 4% weniger produziert als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.) Vereinzelt vorliegende Produktionsdaten für August sowie die Ergebnisse des Konjunkturtestes des Institutes für September deuten im allgemeinen auf eine gute Herbstsaison hin. Nur in den Gießereien, in der Maschinen- und Elektroindustrie entwickeln sich Absatz und Produktion weiterhin ungünstig. Die Belebung der Industrieproduktion regte die Nachfrage nach Energie an. Der Stromverbrauch, der im I. Quartal 1953 nur knapp die Vorjahreshöhe erreichte, war im August um 7% höher als im August 1952. Auch der Absatz von he-

mischer Kohle und von Erdölprodukten hat sich merklich belebt.

Die *Ausfuhr* stieg im August entgegen den Saisonenerwartungen um 29 Mill. S auf 1.208 Mill. S; das Exportvolumen war mit 159% von 1937 das höchste seit Kriegsende. Gleichzeitig wurden Waren im Werte von 1.056 Mill. S eingeführt (1.005 Mill. im kommerziellen Verkehr), so daß die Handelsbilanz mit 152 Mill. S (203 Mill. S) aktiv war. Da überdies der Fremdenverkehr 340 Mill. S Devisen brachte, um 65,7% mehr als im August 1952, haben die Devisenreserven der Nationalbank weiter zugenommen und Ende September bereits 5,9 Mrd. S (Gold und Devisen) erreicht. Im Zahlungsverkehr mit der EZU wurde im August und im September ein Überschuß von 18,6 Mill. \$ und 12,7 Mill. \$ erzielt; das gesamte Guthaben Österreichs bei der EZU beträgt bereits 74 Mill. \$. Nach den bisher vorliegenden Informationen dürfte die Ausfuhr im September eine neue Rekordhöhe erreicht haben.

Der Einzelhandel erfreute sich trotz Urlaubssaison eines guten Geschäftsganges. Während die *Umsätze* gewöhnlich im August auf den niedrigsten Stand des Jahres sinken, wurde heuer ebensoviel verkauft wie im Juli (je Verkaufstag sogar um 8% mehr). Die Mengenumsätze waren um 11% höher als im August 1952. Besonders der Absatz von Mö-

beln und Hausrat, der lange Zeit stagnierte, hat sich stark gebessert.

Auf dem *Arbeitsmarkt* hielten die Auftriebskräfte bis Ende September an. Im August wurden 17.100 und im September 5.700 Arbeitskräfte zusätzlich in den Produktionsprozeß eingegliedert. Ende September war die Zahl der Beschäftigten erstmalig seit Jahresbeginn um 4.800 höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Durch den Zustrom neuer Arbeitskräfte ist die Arbeitslosigkeit allerdings nicht im gleichen Ausmaße gesunken. Die Zahl der vorgezeichneten Stellensuchenden ging im August um 5.100 Personen auf 129.200 zurück. Im September aber trat keine nennenswerte Änderung mehr ein, die Zahl der Stellensuchenden war damit Ende September um 12.900 höher als im Vorjahre. Gegenüber September 1951, dem bisherigen Höhepunkt der Beschäftigung (in der Inflation), ergibt sich allerdings ein Minus von 58.600 Beschäftigten und ein Mehr von 60.900 Stellensuchenden.

Senkung der Bankrate

Die konjunkturbelebenden Kräfte in der österreichischen Wirtschaft werden gegenwärtig durch eine Verbilligung der Kredite gefördert. Die Kredite sind aber nicht nur billiger geworden, sondern werden voraussichtlich auch infolge der hohen Liquidität der Banken leichter erhältlich sein als bisher.

Nach längeren Verhandlungen haben die österreichischen Währungsbehörden Mitte September die Bankrate von 5% auf 4% gesenkt. Sie ist gegenwärtig um 2% niedriger als Anfang 1953 und nur noch um ein halbes Prozent höher als vor Beginn der Stabilisierungsbemühungen. Auf Grund der neuen Bankrate haben die Kreditinstitute die Kreditkosten von durchschnittlich 9,5% auf durchschnittlich 8,5% und den Zinssatz für Spareinlagen (mit gesetzlicher Kündigungsfrist) von 4% auf 3,5% herabgesetzt. Eine stärkere Senkung der Zinssätze für kommerzielle Kredite, die von den Vertretern der gewerblichen Wirtschaft und der Arbeiterschaft verlangt worden war, lehnten die Kreditinstitute mit dem Hinweis auf die hohen Spesen des Bankbetriebes und die erst teilweise gelungene Rekonstruktion ihrer Bilanzen ab.

Diese Zinsverbilligungen werden es den Kreditinstituten erleichtern, ihre flüssigen Mittel ertragbringend anzulegen. Dank den anhaltenden Devisenüberschüssen erhielten die Kreditinstitute seit Jahresbeginn 2.826 Mill. S neue Einlagen, von denen sie jedoch nur 1.306 Mill. S in Form kommerzieller

Kredite wieder an die Wirtschaft weiterleiteten. Die überschüssigen liquiden Mittel haben sie bisher vorwiegend in Schatzscheinen und Handelswechslern angelegt, die sie von der Notenbank rüchlösten. Diese Veranlagungsmöglichkeiten erschöpfen sich jedoch allmählich, so daß sich bei den Kreditinstituten größere flüssige Mittel stauen. Die Giro Guthaben der Kreditinstitute bei der Notenbank, die von Mitte 1952 bis Mitte 1953 zwischen 200 Mill. S und 600 Mill. S schwankten, stiegen im III. Quartal 1953 sprunghaft auf 1,5 Mrd. S. Die Primärliquidität der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 13 auf 22%.

Würde sich der Zinsfuß elastisch den jeweiligen Angebots- und Nachfragebedingungen anpassen, dann hätte die hohe Flüssigkeit des Geldmarktes bereits automatisch die Zinssätze gedrückt. Tatsächlich funktioniert dieser Mechanismus nur sehr unzulänglich, so daß es einer bewußten Aktion der Notenbank bedurfte, um Zinsgefüge und tatsächliche Marktverhältnisse besser in Einklang zu bringen.

Die Senkung der Zinssätze auf dem Geldmarkt erweitert die Zinsspanne zwischen Geld- und Kapitalmarkt. Sie schafft einen Anreiz für die Sparer, ihre Ersparnisse in illiquiden Vermögenswerten anzulegen und legt den Kreditinstituten nahe, sich stärker als bisher auf dem Kapitalmarkt zu engagieren. Vor allem die Sparkassen könnten ihn stärker mit langfristigen Krediten speisen, sofern ihnen zusätzliche Sicherheiten geboten werden. Bisher ging ein relativ großer Teil der Ersparnisse der Investitionsfinanzierung verloren, da die Sparkassen ihre Mittel als täglich fällige Gelder bei den Banken einlegten, die Banken aber kurzfristige Zwischenbankeinlagen, die erfahrungsgemäß größeren Schwankungen unterliegen, nicht für längerfristige Investitionen verwenden wollten.

Für eine Senkung der Bankrate sprach nicht zuletzt auch der Umstand, daß seit Mitte 1952 in fast allen westeuropäischen Ländern die kurzfristigen Zinssätze bedeutend ermäßigt worden sind. Allein im September haben England, Frankreich und Dänemark ihre Bankrate gesenkt. Der offizielle Diskontsatz, der maßgeblich die Kosten für kommerzielle Kredite bestimmt, bewegt sich in den meisten westeuropäischen Ländern zwischen 2% und 3,5%. Die höhere Bankrate und die weit teureren Kreditkosten in Österreich beeinträchtigen die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Sie verteuerten nicht nur Produktion und Lagerhaltung, sondern nahmen den heimischen Exporteuren vielfach auch die Möglichkeit, den Kunden ähnlich langfristige Zahlungsziele wie die ausländischen Konkurrenten zu gewähren.

Preiskorrekturen

In jüngster Zeit beginnen sich auf verschiedenen Gebieten Preiserhöhungen durchzusetzen. In den meisten Fällen handelt es sich um nachträgliche Auswirkungen der Wechselkursanpassung, die anfänglich das heimische Preisniveau nur relativ wenig beeinflusst hatte. Zum Teil werden Fertigwaren wie Textilien teurer, die aus importierten Rohstoffen und Halbfabrikaten hergestellt werden. Die Preise dieser Waren blieben unverändert, solange noch billig eingekaufte Rohstoffe verarbeitet wurden und die schlechte Nachfrage Preiserhöhungen nicht zuließ. Seit aber die alten Vorräte aufgebraucht sind und sich die Konsumgütermärkte beleben, ziehen einzelne Preise an.

Von größerer Bedeutung als diese Preiserhöhungen der privaten Wirtschaft sind die Preiskorrekturen der öffentlichen und verstaatlichten Betriebe, die von der Kursanpassung ebenfalls stärker betroffen worden waren. Da aber diese Betriebe entweder über die öffentlichen Budgets finanziert werden oder über sonstige zusätzliche Finanzierungsquellen verfügen, konnten sie kostenmäßig begründete Preiserhöhungen zunächst zurückstellen, um die Stabilisierungsbemühungen nicht zu gefährden. Seit die Währung als gefestigt gilt, halten sie den Zeitpunkt für günstig, ihre vielfach weit unter dem allgemeinen Preisniveau liegenden Preise nachzuziehen. Dabei überwälzen sie vielfach nicht nur die aus der Kursanpassung resultierenden Mehrkosten, sondern möglichst alle Verteuerungen ihrer Vorprodukte seit der letzten, oft weit zurückliegenden Preisfestsetzung. So erklären sich die relativ starken Preiserhöhungen für Kommerzeisen (14 bis 17%) sowie für den Personenverkehr der Bundesbahnen (25%) und der Autobusse von Bahn und Post (27%). Ähnliche Verteuerungen sind für Zigaretten und in einigen Städten für die Wassergebühren und die Mieten in gemeindeeigenen Häusern geplant.

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen dieser Preiserhöhungen dürfen nicht überschätzt werden. Die geplanten Verteuerungen des Personenverkehrs und der Zigaretten werden den Index der Lebenshaltungskosten nur um 0,4% erhöhen. Im übrigen waren sowohl der Großhandelspreisindex als auch der Lebenshaltungskostenindex Mitte September 1953 um 5,6% niedriger als Mitte September 1952, da einzelne Preiserhöhungen durch Preissenkungen auf anderen Gebieten der Wirtschaft kompensiert wurden. Es wäre jedoch bedenklich, wenn nach der Eisenindustrie und den Bahnen weitere öffentliche und verstaatlichte Betriebe, im Vertrauen auf kom-

pensierende Preissenkungstendenzen in anderen Bereichen der Wirtschaft, ihre Preise und Tarife erhöhten, in der Absicht, auf diese Weise ihre Defizite abzubauen und Mittel zur Selbstfinanzierung von Investitionen zu gewinnen. Ein solches Vorgehen würde nur die Stabilisierungspolitik einer unnötigen Belastungsprobe aussetzen, den öffentlichen Betrieben aber nicht den gewünschten Erfolg bringen, da die österreichische Bevölkerung sehr preisempfindlich geworden ist und auf stärkere Verteuerungen rasch mit Konsumeinschränkungen reagiert.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Preissenkungen in diesem Jahre hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte betrafen¹⁾, die Landwirtschaft sich jedoch gegen eine weitere Verschlechterung ihrer Ertragslage zu wehren beginnt. Sie vermochte bisher bereits eine Novellierung der marktregelnden Gesetze durchzusetzen, die in einigen wichtigen Punkten die Lenkungsbefugnisse erweitert und strebt außerdem ein besonderes Landwirtschaftsgesetz nach dem Muster der Schweiz an. Dieses Gesetz soll die heimische Landwirtschaft vor ausländischer Konkurrenz schützen und die Handhaben bieten, die Inlandsproduktion zwecks Erzielung kostendeckender Preise zu steuern. Unter diesen Umständen ist kaum noch mit stärkeren Preissenkungen für Nahrungsmittel in naher Zukunft zu rechnen.

Um die gegenwärtig sich anbahnende Mengenkonjunktur nicht zu gefährden, sollten weitere Preiserhöhungen der öffentlichen und verstaatlichten Betriebe vermieden und nach Möglichkeit Preissenkungen auf anderen Gebieten gefördert werden. In diesem Zusammenhang ist vor allem an eine Lockerung der Einfuhrbeschränkungen zu denken. Die Zuteilung von Devisen für ehemalige Agiowaren läßt bereits einige Verbilligungen bei Tee, Kaffee, Südfrüchten und einigen technischen Artikeln erwarten. Das ist aber wohl nur der erste Schritt in Richtung einer Auflockerung des weitgehend erstarrten Preisgefüges der österreichischen Wirtschaft. Die starke Gläubigerstellung in der EZU verpflichtet Österreich Schritt für Schritt zu einer Liberalisierung der Einfuhren aus den OEEC-Staaten. Es wird daher nicht nur möglich, sondern teilweise auch notwendig sein, überhöhte Inlandspreise zu senken und damit ausreichende Gegengewichte gegen die zum Teil unvermeidlichen Preisauftriebstendenzen zu schaffen.

¹⁾ Mitte September waren die Großhandelspreise für Nahrungs- und Genußmittel um 11% niedriger, die für Industriestoffe aber um 3% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Liberalisierung und Gläubigerstellung in der EZU

Die Stabilisierung der Währung und die Vereinheitlichung der Wechselkurse haben den Ausgleich der Zahlungsbilanz wirksam gefördert. Österreich, vor wenigen Jahren noch in hohem Maße von ausländischer Hilfe abhängig, verfügt gegenwärtig über eine ausgeglichene Zahlungsbilanz in laufender Rechnung. Da ein Teil der Importe weiterhin durch Auslandhilfe finanziert wird, nehmen die Gold- und Devisenreserven ständig zu.

Besonders günstig entwickelte sich die Zahlungsbilanz im Verkehr mit den Ländern der Europäischen Zahlungsunion (EZU). Im Wirtschaftsjahr 1950/51 hatte Österreich gegenüber diesem Währungsgebiet noch ein Defizit von über 100 Mill. \$, das hauptsächlich durch ausländische Hilfe gedeckt wurde. Aber schon im Wirtschaftsjahr 1952/53 konnte Österreich einen Überschuß von 42 Mill. \$ erzielen, der sich bis Ende September 1953 auf 74 Mill. \$ erhöhte.

Diese außergewöhnlichen Erfolge eröffnen für die Handels- und Devisenpolitik neue Möglichkeiten, stellen sie aber auch vor neue Aufgaben. Unmittelbaren Anlaß zur Besinnung auf die außenwirtschaftlichen Probleme bietet die Überschreitung der österreichischen Quote in der EZU von 70 Mill. \$. Um auch darüber hinausgehende Überschüsse über die EZU abrechnen zu können, hat die österreichische Bundesregierung um eine zusätzliche Quote (Rallonge) von 25 Mill. \$ ersucht, von der die Hälfte in Gold und die Hälfte durch Kredite Österreichs an die EZU gedeckt werden sollen. Der Rat der OEEC hat dem Ersuchen stattgegeben, sich jedoch vorbehalten, die außenwirtschaftlichen Beziehungen Österreichs Anfang 1954 neuerlich zu prüfen. Einer Verlängerung oder — falls notwendig — einer Erweiterung der Zusatzquote wird voraussichtlich nur dann zugestimmt werden, wenn Österreich seinen Zahlungsverkehr mit den OEEC-Staaten schrittweise liberalisiert.

Die Forderung nach Liberalisierung des österreichischen Zahlungsverkehrs (Importe, Dienstleistungen und Kapitalverkehr) ist verständlich, denn die Zahlungsunion kann nur reibungslos funktionieren, wenn extreme Gläubiger- und Schuldnerpositionen vermieden werden. Die Zahlungsunion empfiehlt daher Schuldnerländern geeignete Maßnahmen zum Abbau ihrer Defizite und versagt ihnen ihre Hilfe, wenn sie den Empfehlungen nicht nachkommen. Andererseits erwartet sie von den Gläubigerländern, daß sie die Bemühungen der Schuldnerländer durch eine liberale Import- und Devisenpolitik unterstützen. Gegenwärtig erstreckt sich die Libera-

lisierungsverpflichtung bereits auf mindestens 75% des Warenverkehrs und auf einen beträchtlichen Teil der unsichtbaren Transaktionen. Tatsächlich erfüllen alle Gläubigerstaaten diese Forderung bereits seit einiger Zeit; einige Staaten, wie Westdeutschland, Italien, Holland, Schweiz, Schweden und Portugal, haben ihre Einfuhren schon zu mehr als 90% liberalisiert.

Österreich wurde in der EZU vor kurzen noch als „strukturelles“ Schuldnerland betrachtet, dem vorläufig gestattet wurde, aus der Liberalisierung anderer Staaten Nutzen zu ziehen, ohne verpflichtet zu sein, seine mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen und seine Devisenbewirtschaftung abzubauen. Diese doppelte Begünstigung und die erfolgreiche Stabilisierungspolitik, haben Österreich überraschend schnell in eine starke Gläubigerposition gebracht, an die vor Jahr und Tag auch die größten Optimisten nicht zu denken gewagt hätten. Dieser, vielfach als „Österreichisches Wunder“ bezeichnete Szenenwechsel ist jedoch mit verschiedenen Konsequenzen verknüpft.

Die sprunghafte Verbesserung der Zahlungsbilanz seit Mitte 1952 zwingt nach den Spielregeln der EZU auch seitens Österreich zu einer freizügigeren Einfuhr- und Devisenpolitik. Tatsächlich hat die österreichische Wirtschaftspolitik Mitte 1953 begonnen, 35% der Wareneinfuhr zu liberalisieren. Weitere Maßnahmen werden vorbereitet. Ab 1. November werden für Reisen in das Ausland 100 Dollar Devisen pro Kopf und Jahr zur Verfügung gestellt. Ähnliche Konzessionen werden auf dem Gebiete des Kapitalverkehrs erwartet, sobald das im Sommer d. J. in Rom abgeschlossene Schuldenabkommen, das den Anleihendienst für die österreichischen Vorkriegsschulden regelt, in Kraft tritt.

Wiewohl schon die Einlösung dieser Zusagen unter den gegebenen Verhältnissen nicht ganz leicht fallen wird, sollte sich die österreichische Wirtschaft heute schon mit dem Gedanken vertraut machen, daß auch eine 50%ige Liberalisierung bald nicht mehr genügen wird. Angesichts der günstigen Entwicklung des Außenhandels muß damit gerechnet werden, daß auch die erweiterte Quote von 95 Mill. \$ in absehbarer Zeit überschritten wird und die EZU eine neue Zusatzquote mit dem Hinweis auf die unzureichende Liberalisierung der österreichischen Einfuhr ablehnt. Österreich erhielte dann für seine Überschüsse nicht mehr Gold oder zinstragende Guthaben bei der EZU, sondern müßte sie bilateral mit den einzelnen Defizitländern verrechnen. Da die Zahlungsmittel dieser Länder von der österreichischen Wirtschaft meist nur in be-

schränktem Umfange nachgefragt werden, würde die Nationalbank nur entsprechend kleine Exporterlöse gegen Schillinge umtauschen. Die Folge wäre eine empfindliche Schrumpfung der Exporte.

Sicherlich wird es der österreichischen Wirtschaft nicht leicht fallen, ihren Liberalisierungsverpflichtungen nachzukommen. Wohl beweist die günstige Entwicklung des Exportes in den vergangenen Monaten, daß sich der Großteil der österreichischen Industrie auch im internationalen Wettbewerb gut behaupten kann und daher auch auf den vertrauten heimischen Märkten der ausländischen Konkurrenz gewachsen sein müßte. Andererseits wurden während der langen Jahre der Absperrung vom Auslande zweifellos auch Betriebe großgezogen und Investitionen durchgeführt, die nur bei ausreichendem Schutz lebensfähig und rentabel sind.

Um übermäßige Anpassungsschwierigkeiten zu vermeiden, verlangen die heimischen Erzeuger, der gegenwärtige Zollschatz möge verstärkt werden. Die

österreichischen Zölle sind zwar im Durchschnitt keineswegs, besonders niedrig (in einzelnen Positionen liegen sie weit über den westeuropäischen), ihre Struktur stammt jedoch noch aus der Vorkriegszeit und entspricht vielfach nicht den gegenwärtigen Bedürfnissen. Durch die geplante Umstellung von spezifischen Zöllen auf Wertzölle könnte volkswirtschaftlich berechtigten Interessen Rechnung getragen werden. Die Liberalisierung der Einfuhr würde jedoch ihren Zweck verfehlen, wenn die Revision des Zolltarifes zum Anlaß genommen würde, Schutzzölle durchzubringen, die praktisch die ausländische Konkurrenz vom heimischen Markte fernhielten.

Verzichtet man auf einen umfassenden Zollschatz, so werden unvermeidlich manche Betriebe stillgelegt und Arbeitskräfte und sachliche Produktionsmittel umgeschichtet werden müssen. Aber diesen Preis müssen auch andere Länder bezahlen, um der Vorteile eines integrierten europäischen Marktes teilhaftig zu werden.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

Das gesamte *Geldvolumen* stieg im August neuerlich um 645 Mill. S auf 20.998 Mill. S (vorläufige Zahl). Auf Scheckkonten wurden 422 Mill. S eingelegt, der Umlauf an Noten und Münzen vermehrte sich um 137 Mill. S und die freien Giro Guthaben öffentlicher Stellen nahmen um 81 Mill. S zu. Die Ausweitung des Geldvolumens hielt im September an. Der geringfügige Rückgang des Bargeldumlaufs um 7 Mill. S wurde durch die Zunahme der freien Giro Guthaben öffentlicher Stellen um 115 Mill. S mehr als wettgemacht. Außerdem dürften sich dank den Überschüssen im Zahlungsverkehr mit dem Ausland auch die Scheckeinlagen stärker erhöhet haben.

Der *Zustrom an Devisen* ist weiterhin beachtlich. Im August vermehrte sich der zur Umlaufdeckung herangezogene Gold- und Devisenbestand um 787 Mill. S und im September um weitere 651 Mill. S. Ende September waren 50,3% des Gesamtumlaufs der Notenbank durch Gold und Devisen gedeckt. Die hohen Überschüsse im Zahlungsverkehr mit dem Ausland sind nicht nur der guten Fremdenverkehrssaison, sondern in steigendem Maße auch der günstigen Entwicklung der Handelsbilanz zu verdanken. Von der Zunahme des Devisenbestandes im August um 787 Mill. S entfielen nur 43% auf Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr, gegen 67% im August 1952. Im September dürfte der Anteil des Fremdenverkehrs am gesamten Devisenaufkommen saisonbedingt weiter zurückgegangen sein.

Die beachtlichen Devisenreserven und die günstige Entwicklung der laufenden Zahlungsbilanz gestatten es der sterreichischen Wirtschaftspolitik, ihren Liberalisierungsverpflichtungen gegenüber der EZU schrittweise nachzukommen. Der Warenverkehr soll Anfang 1954 zu 50% liberalisiert werden, für Reisen ins Ausland wird die Nationalbank ab November 1953 100 Dollar pro Kopf und Jahr in ausländischer Währung zur Verfügung stellen. Außerdem ist eine Lockerung der Devisenbewirtschaftung im Kapitalverkehr vorgesehen.

Außer der Zunahme des Devisenbestandes wirkte im August nur die *Gebarung mit Counterpartmitteln* expansiv. Auf dem Konto „zeitlich gesperrte Verbindlichkeiten öffentlicher Stellen“ waren zwar die Eingänge um 8 Mill. S höher als die Ausgänge. Da aber die Kreditinstitute um 47 Mill. S mehr Aufbaukredite gewährten, als für Industrieinvestitionen aus dem Counterpartkonto freigegeben wurden, entstand per Saldo ein expansiver Effekt von 39 Mill. S.

Einer stärkeren Ausweitung des Geldvolumens wirkte hauptsächlich der beachtlich hohe Zuwachs an *Spareinlagen* entgegen. Während im August gewöhnlich größere Beträge von den Sparkonten abgezogen und für den Sommerurlaub ausgegeben werden, stiegen heuer die Spareinlagen bei den Kreditinstituten um 126 Mill. S, gegen nur 69 Mill. S im August 1952. Der gesamte Zuwachs an Spareinlagen seit Jahresbeginn ist mit 1.172 Mill. S um 319 Mill. S höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Außerdem wirkte die Kreditpolitik restriktiv auf den Geldumlauf. Obwohl den Kreditinstituten im August 548 Mill. S zusätzliche Mittel in Form von Spar- und Scheckeinlagen zuflossen, gingen erstmals seit Jahresbeginn ihre *kommerziellen Kredite* um 55 Mill. S zurück, weil vor allem der Finanzierungsbedarf für Importe stark abnahm. Die von den Banken gewährten Rohstoffkredite sanken im Juli und August um 48 Mill. S und 181 Mill. S. Die übrigen kommerziellen Kredite nahmen dagegen meist leicht zu. Die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften gewährten saisonüblich 81 Mill. S zusätzliche Kredite, die Banken 24 Mill. S (ohne Rohstoffkredite), die Hypothekenanstalten 11 Mill. S und die gewerblichen Kreditgenossenschaften 14 Mill. S. Nur die Sparkassen schränkten ihr kommerzielles Kreditvolumen um 5 Mill. S ein, obwohl gerade sie einen besonders starken Zuwachs an Spareinlagen verzeichneten. Die vorsichtige Veranlagungspolitik der Sparkassen, die stets nur einen geringen Teil ihrer neu zufließenden Einlagen investieren, den überwiegenden Teil jedoch bei den Banken als täglich fällige Gelder einlegen, erschwert den Fluß der Ersparnisse zu den investitionsbereiten und kapitalsuchenden Betrieben. Denn die Banken zögern aus begreiflichen Gründen, diese ihnen kurzfristig anvertrauten Zwischenbankeinlagen für langfristige Investitionen auszuleihen und das Liquiditätsrisiko selbst zu übernehmen.

Der hohe Einlagenzuwachs und der Rückgang der kommerziellen Kredite haben den *Geldmarkt* weiter verflüssigt. Die erste Liquidität der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute stieg im August von 19,1% auf 22,5%, die zweite Liquidität von 51,5% auf 53,6%. Ebenso wie in den Vormonaten verwendeten die Kreditinstitute einen Teil ihrer überschüssigen liquiden Mittel, ihre Schulden an die Notenbank abzubauen. Der Bestand der Notenbank an Handelswechseln verminderte sich im August und September um 163 Mill. S und 284 Mill. S. Im August übernahm zwar die Notenbank 40 Mill. S Schatzscheine, gab aber im September wieder 47 Mill. S Schatzscheine ab. Außerdem erhöheten die Kredit-

institute ihre Giro Guthaben bei der Notenbank von 653 Mill. S Ende Juli auf 1.471 Mill. S Ende September, den höchsten Stand seit 1948.

Die Währungsbehörden haben der hohen Flüssigkeit des Geldmarktes und der nur teilweise befriedigenden Entwicklung von Produktion und Beschäftigung Rechnung getragen, indem sie am 24. September 1953 die Bankrate von 5% auf 4% ermäßigten. Durch diese Senkung — die dritte seit Jahresbeginn — wurde die Bankrate wieder bis auf ½% dem Stand vom Dezember 1951 genähert. Die Kreditinstitute haben ihre Zinsstruktur der neuen Bankrate angepaßt. Sie vergeben nun kommerzielle Kredite um 1% billiger, gewähren aber für Spareinlagen (mit gesetzlicher Kündigungsfrist) nur 3½% statt bisher 4% Zinsen.

Nach einer leichten Erholung im August stiegen die Aktienkurse im September um weitere 6,5%. Stärkere Kursgewinne erzielten in den letzten Monaten vor allem die Aktien der verstaatlichten Industrie. Ihr Index lag Mitte April noch um 35%, Mitte September aber nur um 8% niedriger als der Aktienindex für die Privatindustrie. Auf dem Anlagemarkt bewirkte die Senkung der Bankrate eine Erhöhung des Index für festverzinsliche Werte um 0,6%. Die Aufbauanleihe notierte Mitte September um 4,7% höher als Mitte August; die 2% Bundesschuldverschreibungen erzielten Kursgewinne von 2,5%.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.9

Die Belebung der internationalen Rohstoffmärkte im August, die vielfach Hoffnungen auf eine kräftige Herbstsaison erweckte, hat im September nicht gehalten. Wohl blieben die Preise bis Monatsmitte ziemlich stabil, nachher jedoch gaben sie unter dem Einfluß der anhaltenden Baisse an der New Yorker Effektenbörse vielfach nach. Doch hat die saisonbedingte Belebung der Nachfrage, die durch die Diskontsenkungen noch gestützt worden ist, stärkere Preisrückgänge im allgemeinen verhindert, so daß die in den Wochen vorher erzielten Kursgewinne zum Teil gehalten werden konnten. In den letzten Septembertagen festigte sich der Markt wieder.

Die Notierungen der meisten NE-Metalle gaben im Laufe des Septembers etwas nach. Die Preise für Blei und Zink waren nur den Sommer hindurch fest geblieben; heute macht sich die Sättigung der Märkte deutlich fühlbar. Auch der Zinnpreis ging wieder geringfügig zurück, nachdem er in den letzten Wochen gestiegen war. Nur der Kupferpreis in London konnte die steigende Tendenz auch im September fortsetzen und hat bereits zwei Drittel des Rück-

ganges aufgeholt, den anfangs August die Freigabe zunächst verursacht hatte. Im übrigen sind auch die Kautschukpreise wieder leicht zurückgegangen. Nachdem die neue Wollsaison auf den australischen Auktionen zunächst mit fester Tendenz eingesetzt hat, machen sich nun ähnlich wie bei Baumwolle gewisse Neigungen zu Preisrückgängen fühlbar. Die amerikanischen Schmalzpreise, die im August und in der ersten Septemberhälfte kräftig gestiegen waren, gaben gegen Monatsende wieder etwas nach; auch der Zuckerpreis ging leicht zurück, während die Preise von Kaffee und Kakao etwas anzogen.

Im Vergleich mit dem Vorjahr lag am 30. September der Reuter-Index um nahezu 8%, der Moody-Index um 4,5% niedriger.

Die inländischen Preise ließen auch im September gewisse Auftriebsimpulse erkennen. Um die Monatsmitte wurden die Edeldahlpreise um 4 bis 12% erhöht; die höchsten Steigerungen ergaben sich bei Werkzeugstahl und SM-Baustahl, in geringerem Ausmaße wurden Sensen- und Sichelstahl, Feilenstahl und Schnellarbeitsstahl verteuert. Für die Erhöhung der Edeldahlpreise waren ähnliche Gründe maßgebend wie für die Verteuerung des Kommerzeisens anfangs August: seit April 1951 waren die Preise unverändert geblieben, während sich gleichzeitig sowohl die Materialkosten als auch die Löhne beträchtlich erhöht haben; überdies ist im August der Preis für Stahlrohreisen um 22% gestiegen. Analog zu der Regelung im Kommerzeisensektor bleiben auch bei Edeldahlstählen die Zu- und Aufschläge im bisherigen Ausmaße aufrecht.

Gewissen stahlverarbeitenden Branchen gewährt die stahlerzeugende Industrie seit langem Exportbonifikationen. Insbesondere wird so die Ausfuhr von materialintensiven Stahlprodukten (Sensen, Sichel, Bestecken usw.) subventioniert; die Bonifikationen betragen bis zu 30%. In Schilling sind sie nunmehr um das Ausmaß der Verteuerung der Inlandspreise für Stahl gestiegen.

Die Erhöhung der Eisenpreise konnte von jenen Weiterverarbeitern aufgefangen werden, die hochwertige Fertigwaren mit geringerem Materialkostenanteil erzeugen. Aber auch sonst wurden die Preise nicht im vollen Ausmaße der Materialverteuerung erhöht. Von der Erhöhung der Edeldahlpreise sind analoge Wirkungen zu erwarten; auch hier dürfte die Verteuerung der Fertigprodukte, soweit sie überhaupt eintreten wird, in engen Grenzen bleiben.

Die Wechselkursvereinheitlichung vom 4. Mai 1953 hat die Preise für Buntmetallerzeugnisse nicht nennenswert steigen lassen, da sich ungefähr zur

gleichen Zeit die schon seit vielen Monaten sinkende Tendenz der Weltmarktpreise noch verschärft hat.

Die Wiener Warenbörse notierte Ende September gewisse Oberledersorten um 5 bis 10% höher. Die Schuhpreise werden deswegen nicht steigen, denn der Schuhmarkt leidet unter Absatzmangel.

Seit die alten Lagerbestände an Wolle geräumt sind, wird nach der Schillingabwertung in der Textilproduktion, insbesondere von Wollartikeln, zu entsprechend höheren Materialkosten kalkuliert. Allerdings wirken auch hier gewisse retardierende Momente: der inländische Absatz von Textilfertigungsgütern ist noch immer ziemlich schwach, so daß eine Überwälzung der Materialverteuerung auf die Verbraucher sehr schwer und riskant ist; andererseits können Wollgarne billig importiert werden, da die derzeitige Zollbelastung sehr niedrig ist, die ausländischen Konkurrenten weit rationeller arbeiten und für ihre Ausfuhr auch Subventionen erhalten. Die Baumwollbaisse auf den Weltmärkten verhindert derzeit eine Verteuerung der Baumwollwaren.

Ab 1. und 15. September wurden für eine Anzahl von Importwaren, die früher im Koppelungswege eingeführt worden sind, Devisen zum offiziellen Kurs zugeteilt. Am 1. Oktober wurde diese Regelung auf alle ehemaligen Agiowaren ausgedehnt; Ausnahmen sind nur noch Nüsse, Haselnüsse, Personenkraftwagen, Kraftfahräder und Schreibmaschinen. Da die Agiowaren bisher zu überhöhten Kursen eingeführt worden sind, kann mit gewissen Verbilligungen gerechnet werden. Vor allem trifft dies für Tee, Kaffee, Kakao, Südfrüchte, Gewürze und ätherische Öle zu, aber auch für gewisse Büro- und Haushaltmaschinen, Lastkraftwagen, elektrische Meßapparate, Plastikfolien, Spielwaren usw.

Der Ministerrat beschloß eine Erhöhung der Personentarife der Bundesbahnen um 25% ab 1. Jänner 1954. Sie soll das hohe Defizit der österreichischen Bundesbahnen abbauen und die Tarife „nachziehen“. Der Index der Personentarife ist beträchtlich hinter der allgemeinen Preisentwicklung zurückgeblieben; seit der letzten Tariferhöhung im September 1951 steht der Index des Kilometertarifs bei 250 (April 1938 = 100), während der Index der Lebenshaltungskosten Mitte September 653 erreicht hat. Auch nach der Tariferhöhung wird sich der Index des Kilometertarifs bloß auf 312,5 steigern. Die Tarife der Bahn- und Postautobusse wurden bereits ab 4. Oktober um 27% erhöht.

Auch über eine Erhöhung der Zigarettenpreise um 20 bis 25% wird gegenwärtig verhandelt; die Preise für sonstige Tabakwaren sollen unverändert bleiben.

Nach dem Normalverbrauchsschema, das der Berechnung des Lebenshaltungskostenindex zugrunde liegt, werden die Lebenshaltungskosten durch diese Tarif- und Preiserhöhungen nur um etwa 0,4% steigen. Wer täglich mit der Bahn fahren muß, wird jedoch stärker betroffen werden.

In manchen Städten sollen die Wassergebühren und die Mietzinse in gemeindeeigenen Wohnhäusern erhöht werden. Eine allgemeine Tendenz zu Preis- und Tarifsteigerungen der öffentlichen Hand ist unverkennbar.

Der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ist von Mitte August bis Mitte September um 2,3% auf 773 (März 1938 = 100) gesunken. Der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel ging um 3,8% zurück, hauptsächlich infolge der starken Verbilligung von Kartoffeln (-42,9%); im Großhandel kosteten sie Mitte September 1953 40 S pro 100 kg, weniger als die Hälfte des vorjährigen Preises. Das war der niedrigste Stand seit Herbst 1949. Schweinefleisch wurde wieder etwas billiger (-5,4%), Kalbfleisch hingegen um 33,3% teurer; der Kalbfleischpreis lag jedoch um nahezu 6% niedriger als im Vorjahre. Der Teilindex für Industriestoffe ist gegenüber August um 0,1% gesunken, da Zink um 14,3% niedriger notierte. Damit hat Zink wiederum den Preis vom Februar 1950 erreicht.

Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres ist der Großhandelspreisindex um 5,6% gesunken; die Preise der Nahrungs- und Genußmittel lagen um 11,1% niedriger, die der Industriestoffe um 2,9% höher als vor einem Jahr.

Der *Kleinhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ist im Berichtszeitraum um 0,6% gestiegen.

Der vom Institut berechnete *Index der Lebenshaltungskosten* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit 2 Kindern in Wien) ist von Mitte August bis Mitte September um 0,2% auf 652,9 gestiegen. Bei den Nahrungsmitteln haben sich saisonbedingt die Eierpreise um 20 Groschen verteuert; auch die Preise von Speckfilz, Kalbfleisch und Marmelade haben etwas angezogen. Diese Preissteigerungen wurden aber durch die Verbilligung von Kartoffeln, Spinat, Schweinefleisch und Rindfleisch geringfügig überwogen, so daß der Gruppenindex für Nahrungsmittel um 0,4% gesunken ist. Eine leichte Zunahme (um 1%) war bei der Aufwandsgruppe „Haushaltsgegenstände“ festzustellen; hier macht sich die Erhöhung der Eisenpreise bemerkbar¹⁾.

¹⁾ Im Juni sank der Gruppenindex infolge einer Verbilligung von Glühbirnen.

Die Erhöhung der Kinoeintrittspreise ließ den Index für „Bildung und Unterhaltung“ um 11,2% steigen.

Wie der Großhandelspreisindex lag im September auch der Lebenshaltungskostenindex um 5,6% niedriger als vor einem Jahr. Er behauptet sich heute ungefähr auf dem Niveau vom Frühh Herbst 1951.

Der *Baukostenindex* ist im III. Quartal 1953 um 1,6% gestiegen. Die Baustoffe verteuerten sich infolge der Eisenpreiserhöhung um 2,5%, die Arbeitskosten im Zusammenhang mit der Entnivellierung der Angestelltengehälter um ein halbes Prozent.

Die *reagiblen Preise* (Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum) blieben im September unverändert.

Der vom Institut berechnete *Index der Nettotariflöhne* in Wien wies seit 20 Monaten zum ersten Male wieder eine ganz geringfügige Steigerung auf; dies geht auf eine Erhöhung der Brauerlöhne (bis zu 7,5%) zurück.

Außerdem wurden die Löhne der Arbeiter in den Eisfabriken Wiens und Niederösterreichs um 6%, die Löhne in der Steinindustrie und keramischen Industrie in Kärnten, Steiermark, Oberösterreich und Salzburg um 4 bis 5%, in der Beton-, Zement- und Kunststeinwarenerzeugung Tirols um 13 bis 23%, bei den oberösterreichischen Steinholz- und Terrazzolegern um 3 bis 12%, in der Tiroler Sand-, Schotter- und Kiesgewinnung um 14 bis 22%, bei den steiermärkischen Brunnenmachern um 4 bis 6% und schließlich die Löhne der Hafner in der Steiermark, in Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und Tirol um 5 bis 10% gesteigert.

In einzelnen Wiener Betrieben der Schwachstromindustrie konnten anfangs Oktober Lohn erhöhungen für Werkzeugmacher um 12%, für Facharbeiter um 8% erzielt werden.

Ernährung

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.3

Seit Margarine und Kunstspeisefett nicht mehr rationiert und subventioniert sind (1. Juli 1953) und deshalb Tafelmargarine nur noch geringfügig billiger, Kunstspeisefett sogar teurer ist als Milchwargarine und Speiseöl²⁾, hat sich die Nachfrage zugunsten dieser qualitativ besseren und geschmacklich bevorzugten Fettarten verschoben. Die Auslieferungen der Fettindustrie an Tafelmargarine sanken von durchschnittlich 526 t je Monat im 1. Halbjahr auf 160 t seit Juli, die von Kunstspeisefett von 132 t auf 52 t.

²⁾ Tafelmargarine kostet derzeit meist S 12'60, Milchwargarine S 14'—, Speiseöl S 13'80 bis S 14'50, Kunstspeisefett S 14'20 bis S 14'60 je kg.

Gleichzeitig ist der Absatz von Milchwargarine von 775 auf 845 t und der von Speiseöl von 857 auf 1.368 t gestiegen.

Absatz von Pflanzenfetten im Jahre 1953¹⁾

	Monatsdurchschnitt	
	1. Halbjahr	Juli—August in t Reinfett
Tafelmargarine ²⁾	526	160
Milchwargarine	775	845
Margarineschmalz	62	92
Kunstspeisefett	132	52
Speiseöl ³⁾	857	1.368
Absatz an Industrie und Gewerbe ⁴⁾	124	116
Insgesamt	2.476	2.633

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung, Auslieferung an den Handel. — ²⁾ Bis Juni 1953 rationierte Ware. — ³⁾ Bis Aprilrationierte und freie Ware zusammen. — ⁴⁾ Teilweise Halbfabrikate.

Tatsächlich dürfte jedoch insbesondere der Verbrauch von Tafelmargarine weniger abgenommen haben als die Auslieferungen an den Handel, da Ende Juni in den Geschäften noch größere Vorräte verbilligter Ware vorhanden waren, die in den folgenden Monaten zum alten Preis abgesetzt wurden. Andererseits dürfte der Verbrauch von Speiseöl nicht im selben Umfang gestiegen sein wie die Auslieferungen an den Handel, da diese meist stoßweise, nach Maßgabe der Importe erfolgen. Der Gesamtverbrauch an Pflanzenfetten hat sich nur geringfügig erhöht.

Nach dem saisonbedingten Rückgang im Juli (höherer Eigenverbrauch während der Errütarbeiten) ist die Marktproduktion von *Milch* im August wieder leicht gestiegen und war um 11.300 t (14%) höher als im Vorjahre. Da jedoch der Absatz von Trinkmilch sank (um 6% gegenüber dem Vormonat, um 3% gegenüber August 1952), mußte die Verarbeitungsquote abermals erhöht werden. Im August wurden insgesamt 1.746 t Butter, 1.316 t Käse und 450 t Topfen für den Markt erzeugt, um 9%, 33% und 18% mehr als im Vorjahr. Auch die Produktion von Milchwargarineprodukten (Kondensmilch, Milchwpulver) mußte erhöht werden. Infolge der hohen Verarbeitungsquote war der Magermilchanfall sehr groß; die Rücklieferung der Magermilch an die Produzenten mußte daher ständig gesteigert werden und lag zuletzt auf 28% der angelieferten Milchmenge.

Marktproduktion und Verbrauch von Butter¹⁾

Monat	1952		1953	
	Marktproduktion	Verbrauch	Marktproduktion	Verbrauch
			in t	
Jänner	1.443	1.252	1.714	1.360
Februar	1.316	1.067	1.420	1.248
März	1.373	1.285	1.425	1.463
April	1.215	1.428	1.135	1.893
Mai	1.678	1.706	1.690	1.633
Juni	1.594	1.579	1.717	1.966
Juli	1.594	1.709	1.569	1.812
August	1.606	1.781	1.746	1.823
Jänner bis August ...	11.819	11.807	12.416	13.198

¹⁾ Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds. Vorläufige Zahlen.

Trotz der gesteigerten Produktion war Butter im August zum erstenmal in diesem Jahr etwas knapp. Infolge der Verbilligungsaktionen, der höheren Einkommen der Unselbständigen und des steigenden Fremdenverkehrs war der Butterkonsum schon seit März ständig höher als die Marktproduktion. Der Verbrauch des Vorjahres wurde seit Anfang des Jahres stets überschritten. Dadurch sind die Buttervorräte, die im März etwa 1.400 t erreichten, Ende Juli bis auf 40 t zusammengeschrumpft. Um den Bedarf in den Fremdenverkehrszentren zu befriedigen, mußten daher 100 t Butter aus Holland eingeführt werden. Da der hohe Butterkonsum anhalten dürfte, wird man voraussichtlich die Erzeugung von Käse zugunsten der von Butter einschränken müssen, zumal da die derzeitige Käseproduktion im Inland nicht voll abgesetzt werden kann.

Im Wirtschaftsjahr 1952/53 (1. Juli 1952 bis 30. Juni 1953) wurden insgesamt 173.700 t Zucker abgesetzt, gegen 189.400 t im Vorjahr. Dieser Rückgang ist vor allem auf den Abbau der Vorräte bei den verarbeitenden Betrieben zurückzuführen. Da mit dem Ende der Rationierung eine Ermäßigung des Preises für Industriezucker bevorstand, wurde in der Zeit vom 1. Juli bis 1. November von den verarbeitenden Betrieben praktisch kein Zucker abgenommen. Der Absatz von Industriezucker ist daher von 42.100 auf 25.000 t gefallen (-41%)¹⁾, obwohl die Produktion der Süßwarenindustrie durchschnittlich nur um 7% abgenommen hat²⁾. Auch die Zuckerprämien sind von 10.400 t auf 5.100 t gesunken. Da infolge der günstigen Zuckerversorgung keine lohnenden Absatzmöglichkeiten mehr für Prämienzucker bestanden, bezogen die Anspruchsberechtigten in der Regel nur die Mengen, die sie selbst benötigten. Dagegen ist der Direktabsatz an Konsumenten gestiegen. Im ganzen dürfte der tatsächliche Zuckerkonsum im Wirtschafts-

jahr 1952/53 etwa gleich hoch gewesen sein wie im Vorjahr (180.000 t).

Für das neue Wirtschaftsjahr rechnet man ebenfalls mit einem Bedarf von 180.000 t. Die inländische Produktion kann derzeit noch nicht verlässlich geschätzt werden, doch ist es sicher, daß Österreich in Zucker noch nicht autark sein wird. Man rechnet mit einem Einfuhrbedarf von 30.000 bis 40.000 t, der noch steigen dürfte, wenn die zusätzliche Versorgung über die USIA-Betriebe, die auf etwa 1.000 t monatlich geschätzt wird, wegfallen sollte.

Aus handelspolitischen Gründen wird man den Einfuhrbedarf vorwiegend aus den Oststaaten decken. Um jedoch die Beschäftigung der Zuckerindustrie zu verbessern, ist man bemüht, einen Teil davon in Rohzucker einzuführen, zumal da einige Zuckerfabriken in den Oststaaten keine eigenen Raffinerien haben. Aus Ungarn sollen etwa 7.000 t (davon 2.000 t Rohzucker), aus der ČSR etwa 10.000 t und aus Polen etwa 5.000 t importiert werden. Die restliche Menge wird aus Kuba (Rohzucker) eingeführt werden. Um die jugoslawische Clearingspitze auszugleichen, ist man bemüht, einen Teil dieser Importe über Jugoslawien durchzuführen. Dadurch könnten freie Dollar gespart werden.

Das Volumen der Nahrungsmiteleinfuhr hat vom I. zum II. Quartal dieses Jahres vorwiegend saisonbedingt um 16% zugenommen, war jedoch noch immer um 28% niedriger als im II. Quartal 1952. Der Zuwachs gegenüber dem Vorquartal entfällt ausschließlich auf pflanzliche Produkte, während das Einfuhrvolumen tierischer Nahrungsmittel um 55% sank und mit 27,4% des Vorkriegsniveaus den niedrigsten Stand der Nachkriegszeit erreichte. Neben Obst, Gemüse, Kartoffeln, Eier und Zucker, deren Einfuhr saisonbedingt zunahm, sind vor allem die Weizen-einfuhren stark gestiegen. Die Erhöhung der Preise im Weizenabkommen ab 1. Juli veranlaßte nämlich die zuständigen Stellen, die noch ausstehenden Mengen zum niedrigen Preis einzuführen und auf Vorrat zu nehmen. Der starke Rückgang der Einfuhr tierischer Nahrungsmittel entfällt vor allem auf Schmalz. Infolge der günstigen Versorgungslage

Struktur des Zuckerabsatzes¹⁾

Bedarfsträger	1951/52 ²⁾		1952/53 ³⁾	
	1.000 t	%	1.000 t	%
Konsumenten	133'2	70'3	140'1 ³⁾	80'7
Prämien	10'4	5'5	5'1	2'9
Verarbeitende Betriebe	42'1	22'2	25'0 ⁴⁾	14'4
Weinbauern und Imker	3'7	2'0	3'5	2'0
Insgesamt ...	189'4	100'0	173'7	100'0

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung. —

²⁾ Wirtschaftsjahre vom 1. Juli bis 30. Juni. — ³⁾ Einschließlich kleingewerbliche Betriebe, die Mengen bis 10 t abnehmen. — ⁴⁾ Ohne Kleingewerbe.

¹⁾ Tatsächlich ist der Rückgang etwas geringer, da der Absatz an kleingewerbliche Betriebe, die Mengen bis 10 t abnehmen, im Wirtschaftsjahr 1952/53 mit dem Konsumzucker zusammengefaßt wurden.

²⁾ Im Wirtschaftsjahr 1952/53 (Juli 1952 bis Juni 1953) wurden 10.650 t Schokoladewaren, 13.783 t Zuckerwaren und 7.515 t Dauerbackwaren erzeugt, gegen 11.814 t, 15.061 t und 7.645 t vor einem Jahr.

Wert und Volumen der Nahrungsmiteleinfuhr¹⁾

Zeit	Wert		Volumen		
	Mill. S	in % der Gesamteinfuhr	Insgesamt	pflanzlich	tierisch
			Ø 1934/37 = 100		
1952 I. Quartal	767'1	18'6	93'9	116'7	62'1
II. Quartal	898'8	24'0	131'5	175'1	70'8
1. Halbjahr	1.665'9	21'2	112'7	145'9	66'5
1953 I. Quartal	545'2	18'4	81'9	97'0	60'9
II. Quartal	816'6	23'1	95'1	143'7	27'4
1. Halbjahr	1.361'8	20'9	88'5	120'3	44'1

¹⁾ Nach Brüsseler Schema die Gruppen: Lebende Tiere (nur für Ernährungszwecke), Lebensmittel und Getränke (ohne alkoholische Getränke und Futtermittel), Ölsaaten und Hopfen (aus der Gruppe Rohstoffe).

wurden seit Jänner keine größeren Importe mehr abgeschlossen.

Im 1. Halbjahr 1953 war das Volumen der Nahrungsmittelimporte insgesamt um 21% niedriger als im Vorjahr. Pflanzliche Nahrungsmittel wurden um 2% (insbesondere Roggen, Hülsenfrüchte, Obst, Kartoffeln, Fettrohstoffe), tierische Produkte um 59% weniger (vor allem lebende Tiere, Fleisch, Eier, Butter, Schmalz, Geflügel und Wildbret, Käse) eingeführt. Dieser Rückgang geht teils auf das steigende inländische Angebot, teils auf den Abbau der Vorräte (insbesondere von Fettrohstoffen und Schmalz) zurück.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.4 bis 3.10

Da es im August und September vielfach zu trocken blieb, konnten die Herbstackerungen und der Anbau des Wintergetreides erst teilweise begonnen werden. Die frühen Saaten liefen auch schlecht auf. Die Ernte der Kartoffeln wurde zumeist beendet; die späten Sorten haben nicht ganz die hohen Erträge gegeben, die man sich erhofft hatte. Trotzdem gibt es heuer soviel Erdäpfel, daß der höhere Futterbedarf für die erweiterte Schweinehaltung ohne größere Futtermittelleinfuhren und ohne Fütterung von Brotgetreide mühelos gedeckt werden kann, um so mehr als auch die Getreideernte über dem Durchschnitt lag.

Im August brachte die Landwirtschaft 73.244 t Weizen und 42.731 t Roggen auf den Markt, 33% und 39% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Mit insgesamt 160.718 t wurden bisher aus der neuen Ernte 36.868 t oder 30% mehr Brotgetreide verkauft als nach der Ernte 1952. Das Getreide wurde zumeist eingelagert, da für den laufenden Bedarf noch alte Vorräte zur Verfügung standen. Das Finanzministerium mußte weitere Geldmittel freigeben, um das große Angebot aus dem Markt nehmen zu können.

Am 1. Oktober 1953 traten einige Novellen zu den marktregelnden Gesetzen der Landwirtschaft, und zwar zum *Milchwirtschaftsgesetz*, zum *Getreidewirtschaftsgesetz* und zum *Viehverkehrsgesetz* in Kraft; ihre Wirksamkeit wurde mit 30. Juni 1954 befristet. Da auch das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz, das Gesetz über die Abgabe ausländischer Futtermittel und die Überwachung der Schweinehaltung sowie das *Rindermastförderungsgesetz* im Sommer und Herbst nächsten Jahres ablaufen, wird ein umfassendes Landwirtschaftsgesetz vorbereitet, das diese Gesetze zusammenfassen und einige weitere Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft treffen soll.

Die Landwirtschaft erhielt keinen größeren Einfluß im Abstimmungsvorgang der Verwaltungskommissionen der Fonds. Auch die geplante Einbeziehung der industriellen Speisefette, des Industriegetreides sowie von Schafen und Tierhäuten in die Wirtschaftsgesetze unterblieb. Dagegen erreichte die Landwirtschaft u. a., daß — ähnlich wie auf Grund des Viehverkehrsgesetzes vom Jahre 1931 — geschützte Märkte eingerichtet werden können, auf denen nur bestimmte, vorher bewilligte Mengen von Schlachtvieh und Fleisch angeboten werden dürfen. Auch Interventionskäufe zu festgesetzten Preisen sind vorgesehen, um die Märkte zu entlasten. Diese Maßnahme kann das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft allerdings nur im Einvernehmen mit den Bundesministerien für Inneres und für Handel und Wiederaufbau verordnen.

Bisher beschränkten sich die Lenkungsfunktionen der landwirtschaftlichen Marktordnung auf die Ein- und Ausfuhr und bei Getreide, Milch und Milchprodukten auf die Preise. Da die Erzeugung von Schlacht- und Stechvieh den Inlandsbedarf bereits deckt und ein steigendes Angebot bei gleichbleibenden Verbrauchereinkommen nur zu niedrigeren Preisen absetzbar wäre, versucht man nunmehr, die Produktion direkt beim Erzeuger zu lenken. So wurden die Abgabepreise für importierte Futtermittel den Produktionskosten der inländischen Futtermittel angepaßt; gleichzeitig gibt das Gesetz über die Einschränkung der Schweinehaltung und das Rindermastförderungsgesetz die Handhabe, die Produktion den Absatzmöglichkeiten anzugleichen. Durch die Mast von Magervieh in Betrieben mit stärkerem Zuckerrüben- und Industriekartoffelbau sollen die Schlachtviehmärkte im Herbst entlastet und stärkere Preisschwankungen vermieden werden. Die über Winter angefleischten Tiere will man im Frühjahr auf den Markt bringen, wenn das Angebot an Rindern saisonbedingt zurückgeht.

Unter den gegenwärtigen Preisbedingungen ist ein voller Erfolg der Rindermastaktion allerdings wenig wahrscheinlich. Es ist aber auch nicht zu erwarten, daß sich die Lage auf dem Markt für Schlachtrinder bis zum Frühjahr 1954 grundlegend ändern wird. Die Mast von Einstellochsen lohnt sich trotz teilweise Frachtkostenersatz und Bereitstellung billiger Kredite gegenwärtig kaum, da die *Avance* (Preisdifferenz zwischen Fettvieh und Magervieh) zu klein ist¹⁾. Viele Betriebe dürften sich daher

¹⁾ Der Rohertrag beträgt unter den gegenwärtigen Preisbedingungen (7'20 S je kg Einstellrind, 8 bis 8'50 S je kg Mast- rind ab Hof) und bei durchschnittlicher Zuwachsleistung nur 10'40 bis 12'40 S je kg Zuwachs; dieser Erlös deckt nur einen

von der Verpflichtung zum Ankauf von Einstellvieh durch Bezahlung des vorgesehenen Ausgleichbetrages (maximal 500 S je Rind) loskaufen oder Milchvieh einstellen, das zur Zeit eine bessere Rendite abwirft (das Gesetz sieht vor, daß an Stelle von Magervieh auch Milchkühe eingestellt werden können, sofern auf die eigene Aufzucht von Rindern verzichtet wird).

Über die Zweckmäßigkeit der landwirtschaftlichen Marktordnung sind die Meinungen — selbst in der Landwirtschaft — geteilt. Sicher ist, daß die Wirtschaftsgesetze an Wirksamkeit in dem Maße einbüßen, als sich die Produktion ausweitet; sie werden praktisch unwirksam, wenn die Erzeugung den Inlandsbedarf übersteigt, sofern der Markt nicht durch entsprechende Ausfuhren entlastet wird. Namhafte Agrarfachleute glauben, daß der notwendige Schutz vor der billigeren Auslandskonkurrenz u. a. auch durch eine elastische Zoll- und Subventionspolitik erreicht werden könnte¹⁾. Der Marktmechanismus mit seinem Anreiz zur Steigerung der Produktivität bliebe so erhalten und die Integrierung der europäischen Agrarmärkte würde erleichtert.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die leichte konjunkturelle Belebung der Industrieproduktion im Juli und August steigerte auch die Nachfrage nach elektrischer Energie, Kohle und Erdölprodukten. Der Bedarf konnte dennoch fast durchwegs reibungslos gedeckt werden. Nur die Lieferfristen für Koks wurden mit Beginn der Bevorratungsperiode der Haushalte etwas länger. Der Inlandsbergbau, der im 1. Halbjahr zum Teil erhebliche Absatzschwierigkeiten hatte, ist nun hinreichend mit Aufträgen versorgt, teils — soweit es Feinkohle betrifft — weil die Dampfkraftwerke Vorräte (von Feinkohle) anlegen. Auch die Einschränkung der Braunkohlenimporte begünstigt den Absatz der Inlandskohle. Nicht zuletzt aber hat die Verteuerung der Importkohle infolge der Abwertung die Nachfrage nach Inlandskohle gesteigert.

Auch für Heizöl hat sich die Absatzlage seit der Rücknahme der Preiserhöhungen im vergangenen Winter und der in der letzten Zeit gewährten Sonderabatte an Großabnehmer gebessert. Die gegenwärtige Nachfrage ist allerdings noch immer weit geringer als das Angebot auf dem Inlandsmarkt. Während die SMV (Sowjetische Mineralölverwaltung) bereit wäre,

im Jahre 1953 ungefähr 700.000 bis 800.000 t Heizöl für den Inlandsmarkt freizugeben, wurden tatsächlich im 1. Halbjahr nur 203.000 t abgesetzt. Selbst wenn sich die Nachfrage im 2. Halbjahr noch stark belebt, werden mindestens 200.000 bis 300.000 t Heizöl — das entspricht heizwertmäßig einer Steinkohlenmenge von 240.000 bis 360.000 t — nicht abgerufen werden.

Der Absatz von Benzin und Gasöl hat sich im Sommer gleichfalls etwas von dem Rückschlag nach der Preiserhöhung im Vorjahr erholt. Die für den Inlandsmarkt bestehenden Bezugsmöglichkeiten werden aber auch für diese Treibstoffe im heurigen Jahre nicht ausgenutzt werden können. Die Absatzbelebung, vor allem von Benzin, war außerdem geringer, als auf Grund der außerordentlich starken Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes im 1. Halbjahr 1953 und der hohen Zahl ausländischer Motortouristen anzunehmen war. Die Tendenz zur Verringerung des relativen Treibstoffverbrauches (Verbrauch pro Fahrzeug) hat angehalten.

Dank der ausreichenden Wasserführung der Flüsse erreichte die hydraulische Stromerzeugung in den Sommermonaten neue Rekorde. Im Durchschnitt der ersten 8 Monate war die Stromerzeugung der Kraftwerke der öffentlichen Versorgung um 329 Mill. kWh (7,9%) größer als im Vorjahre. Dieses Mehrangebot elektrischer Energie wurde nur teilweise vom Inlande aufgenommen, 63,8% (210 Mill. kWh) wurden zusätzlich exportiert.

Der heimische Verbrauch nahm erst im Laufe des II. Quartals zu, nachdem er vorher nur knapp den Vorjahresstand erreicht hatte. Im Durchschnitt Jänner bis August war der gesamte Inlandsverbrauch aus dem öffentlichen Netz um 132 Mill. kWh zwar größer als in der gleichen Vorjahreszeit, stieg aber weniger stark als die Erzeugung (um 3,8%). Die Industrie verbrauchte um 3,2% (59 Mill. kWh), die Tarifabnehmer (Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft) um 6,2% (46 Mill. kWh), die sonstigen Sonderabnehmer (öffentliche Beleuchtung, Verkehr und Besatzung) um 1,6% (4 Mill. kWh) und die Kraftwerke (Eigenverbrauch) um 15,9% (21 Mill. kWh) mehr. Die Verbesserungen und der weitere Ausbau des Fortleitungs- und Verteilungsnetzes ließen die Stromverluste trotz bedeutend höherem Umsatz gegenüber dem Vorjahre unverändert. Ihr Anteil an der Stromerzeugung ging von 13% auf 12% zurück.

Da sich die Stromerzeugung in den Bahnkraftwerken und den Eigenanlagen der Industrie ebenfalls günstig entwickelte, war die gesamte Stromerzeugung in Österreich (öffentliche Anlagen, Bahn- und Eigenanlagen) größer als im Vorjahre, und zwar in den ersten 8 Monaten 1953 um 7,6% (405 Mill.

Teil des Aufwandes (Futterkosten, Wartung, Tierarzt, Inventarmiete, Verzinsung des Kapitals und allgemeine Regien).

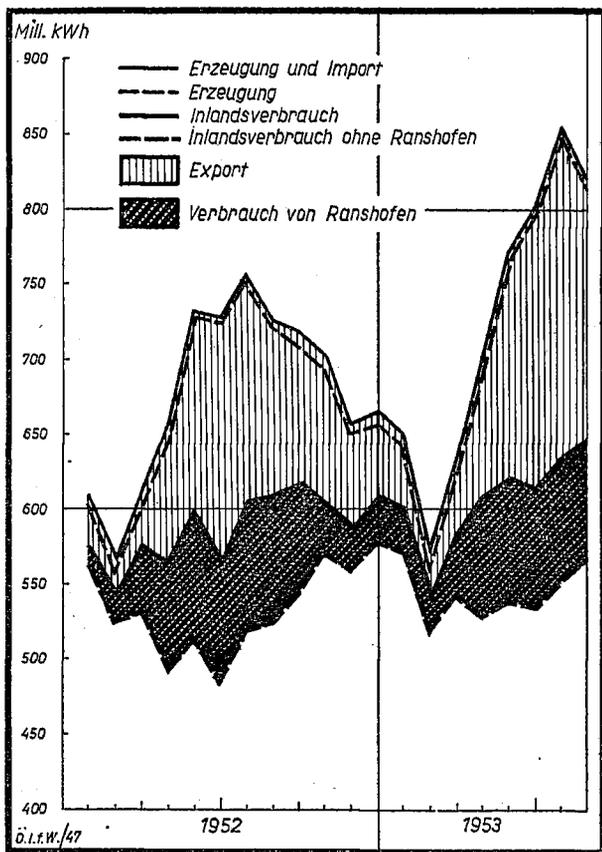
¹⁾ Vgl. Dr. Leo Müller: „Zölle oder Wirtschaftsgesetze“, Die Landwirtschaft Nr. 17/18, Jg. 1953, S. 262 ff.

kWh). Der gesamte Inlandsverbrauch, einschließlich der Verluste, war um 4,5% höher.

Von den insgesamt aus Inlandserzeugung und Importen gegenüber dem Vorjahr mehr zur Verfügung stehenden 418 Mill. kWh (Inlandserzeugung 405 Mill. kWh, Import 13 Mill. kWh) kamen 49,8% (208 Mill. kWh) dem Inland und 50,2% (210 Mill. kWh) dem Export zugute.

Stromerzeugung, Import, Export und Verbrauch
(einschließlich Bahnkraftwerke und Eigenanlagen der Industrie)

(Normaler Maßstab; Mill. kWh)



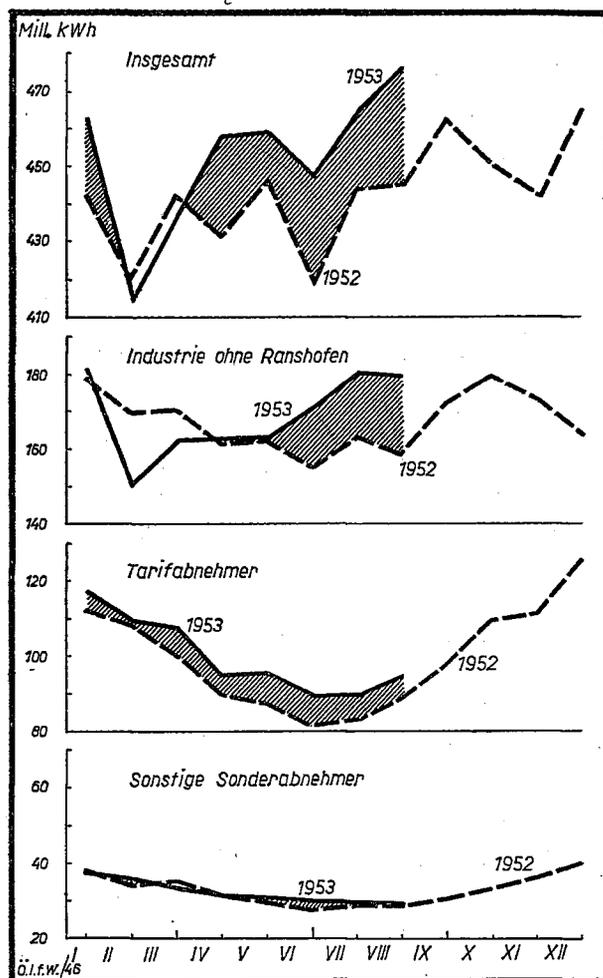
Dank reichlicher Wasserführung der Flüsse stieg die gesamte Stromerzeugung in den ersten 8 Monaten 1953 um 7,6% über die des Vorjahres. Da der gesamte Inlandsverbrauch in der gleichen Zeit nur um 4,5% höher war (einschließlich Ranshofen), kam die Hälfte der mehr erzeugten Energie dem Export zugute. Der Stromimport blieb so wie im Vorjahre unbedeutend.

Im August konnten infolge des reichlichen Wasserdargebotes in den Kraftwerken der öffentlichen Versorgung 611 Mill. kWh, das sind um 144 Mill. kWh mehr als im August 1952, erzeugt werden. Die Dampfkraftwerke mußten nur 32 Mill. kWh, um 57 Mill. kWh weniger als im Vorjahr, liefern.

Der Inlandsverbrauch, einschließlich aller Verluste, war mit 466 Mill. kWh um 7,4% höher als vor

Entwicklung des Stromverbrauches wichtiger Verbrauchergruppen

(Normaler Maßstab; Mill. kWh)



Der inländische Stromverbrauch erreichte im I. Quartal 1953 nur knapp den Vorjahresstand. Die Industrie (ohne Ranshofen) bezog sogar weniger Strom. Erst im II. Quartal setzte eine stärkere Verbrauchssteigerung ein. Im Durchschnitt der ersten 8 Monate 1953 war der gesamte Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz um 3,8% größer als im Vorjahre. Die Industrie verbrauchte um 3,2%, die Tarifabnehmer (Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft) um 6,2% und die sonstigen Sonderabnehmer (Beleuchtung, Verkehr und Besatzung) um 1,6% mehr Strom.

einem Jahr und spiegelte erstmals in diesem Jahr eine merkliche Konjunkturbelebung wider.

Der Stromimport blieb wie bisher auf den Bezug von 6 Mill. kWh beschränkt. Der Stromexport ging zwar gegenüber dem Vormonat zurück, war aber mit 172 Mill. kWh noch immer um 58 Mill. kWh höher als im Vorjahr.

Im August begannen die Dampfkraftwerke mit Vorratskäufen für die Wintermonate und erhöhten bis zum Monatsende ihren Lagerbestand um 47.110 t

auf 247.829 t (SKB). Die Vorräte waren aber dennoch um 21% niedriger als Ende August 1952.

Die Monatsförderung im inländischen Kohlenbergbau ging zwar, da zwei Arbeitstage weniger waren als im Juli, leicht zurück; die Förderung je Arbeitstag ist jedoch im August von 16.620 t auf 17.171 t gestiegen.

Die Absatzlage hat sich gegenüber Frühjahr und Frühsommer erheblich gebessert. Auch der Feinkohlenabsatz ist nun durch Verträge mit den Kraftwerken gesichert.

Trotz der Absatzschwäche hat der Braunkohlenbergbau auch im Jahre 1953 seine Investitionstätigkeit fortgesetzt. Das Schwergewicht lag allerdings mehr auf Qualitätsverbesserung, Rationalisierung und Kostensenkung als auf Fördersteigerungen. Unter anderem wird noch im Oktober die neue Zentralsortieranlage im Köflach-Voitsberger Kohlenrevier, die in den letzten Jahren mit einem Kostenaufwand von fast 200 Mill. S gebaut wurde, den Betrieb aufnehmen. In dieser neuen Anlage wird die gesamte Förderung des Revieres über Förderbandbrücken und Hochseilbahnen gesammelt, gereinigt, zerkleinert und sortiert. 10.000 t Kohle können täglich in Waggons verladen werden. Die Kapazität der Grubenbetriebe kann um 4.000 t täglich gesteigert werden. Bis Mitte des nächsten Jahres wird die Anlage voll in Betrieb sein. Die bisherigen Anlagen waren überaltert und reichten für die inzwischen erhöhte Förderung nicht mehr aus.

Bei der Kokerei in Linz wird eine neue Anlage zur Herstellung von Brechkoks in Betrieb genommen werden. Die vorgesehenen Preise für die einzelnen Sorten liegen allerdings um rund 10% über den entsprechenden Ruhrkokssorten.

Von österreichischen und deutschen Experten wurde ein Verfahren zur Brikettierung der Wolfsegg-Trauntalener Braunkohlen entwickelt. Bisher war es nicht gelungen, österreichische Braunkohlen rentabel zu brikettieren. Das Projekt für eine Anlage zur jährlichen Erzeugung von 150.000 t Briketts liegt bereits vor. Falls die Finanzierung gesichert werden kann, könnte der Betrieb schon im nächsten Jahr beginnen.

Ein anderes Projekt sieht die Verlegung der Köflacher Trocknungsanlage (System Fleyssner) bei gleichzeitiger Vergrößerung der Kapazität von 1.000 t auf 1.500 t Trockenkohle täglich vor. Die Verlegung scheint deshalb notwendig, weil die Anlage auf einem kohlenfündigen Platz steht, der in den Abbau einbezogen werden soll.

Die Kohleneinfuhr, insbesondere die von Braunkohle, wird noch immer zwecks Besserung der Absatzlage des heimischen Bergbaues gedrosselt. Da der internationale Kohlenmarkt derzeit fühlbar gespannt ist, bereiten Importe keine Schwierigkeiten. Von einer ausgesprochenen Baisstendenz auf den europäischen Kohlenmärkten kann allerdings noch keine Rede sein. Die Lagerbestände bei dem wichtigsten Produzenten, dem deutschen Ruhrbergbau, haben in der letzten Zeit zwar zugenommen, betragen aber kaum zwei Tagesförderungen. Eine leichte

Belebung der stagnierenden Stahlproduktion würde diese Lagerbestände rasch aufsaugen.

Gegenüber dem Vormonat ist die gesamte Kohleneinfuhr (SKB) im August fast unverändert geblieben. Zusammen mit den vom Inlandsbergbau gelieferten Mengen standen daher dem Inlandsmarkt 546.891 t Kohle zur Verfügung, um 2³/₁₀ mehr als im Vormonat und um 6²/₁₀ mehr als zur gleichen Vorjahreszeit, als die Nachfrage durch die Konjunkturabschwächung stark gedämpft war.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Die Industrieproduktion hat in den Sommermonaten, abgesehen von anhaltenden konjunkturellen Schwankungen in einigen Zweigen, wieder das Produktionsniveau vom 2. Halbjahr 1951 erreicht. Der saisonbereinigte Produktionsindex des Institutes war im Juli mit 169⁷/₁₀ von 1937 wieder auf dem Stand vor dem Konjunkturrückschlag.

Vereinzelte vorliegende Daten sowie die Ergebnisse des Konjunkturtestes des Institutes lassen eine günstige Entwicklung auch im Herbst erwarten. In den meisten Zweigen mit einer ausgeprägten Herbstsaison nahmen die Auftragseingänge schon im August stärker zu und die Fertigwarenlager wurden geringer. Während im Vorjahre die Herbstsaison verspätet und schwächer als üblich einsetzte, hat sie heuer schon verhältnismäßig früh begonnen.

Das Gesamtbild der Konjunkturlage in der Industrie wird allerdings noch immer durch die ungünstige Entwicklung in einigen — zumeist Investitionsgüter erzeugenden — Branchen beeinträchtigt. Die Gießereindustrie stagniert weiterhin. In der Maschinen- und Elektroindustrie ist die Lage zwar nicht einheitlich ungünstig, die Gesamtproduktion aber doch beträchtlich geringer als in den letzten beiden Jahren. Die Auftragsbestände sind großteils aufgearbeitet. Neue Aufträge laufen nur zögernd und in geringem Umfange ein. Die Besserung der Konkurrenzverhältnisse auf den Exportmärkten dank der Wechselkursänderung hat bisher nur den wenigen schon bisher im Exportgeschäft eingeschalteten Firmen Vorteile verschafft und teilweise nur die rückläufige Tendenz der Auftragseingänge abgeschwächt.

Auch die Fahrzeugindustrie, die ihre Produktion bis zur Jahresmitte noch immer ausweiten konnte, scheint sie auf dieser Höhe nicht aufrechterhalten zu können. Die internationale Konkurrenz wird schärfer und der Inlandsmarkt ist mit heimischen Fahrzeugen großteils saturiert. Nur Motorräder werden noch immer stärker nachgefragt.

In der Baustoffindustrie wiederholt sich heuer nicht das günstige Herbstgeschäft des Vorjahres, das den Abverkauf der im Sommer angehäuften Lager ermöglichte. Nach einer kurzen Belebung Ende August und Anfang September sank die Nachfrage schon gegen Monatsende stark.

Die Produktionsentwicklung in diesen Branchen dürfte auch in der nächsten Zeit die Wirkungen der günstigeren Konjunkturlage in den meisten übrigen Zweigen abschwächen und die Entwicklung der Gesamtproduktion beeinträchtigen.

Der Gesamtindex der Industrieproduktion überschritt im Juni und Juli mit 175,1% und 171,6% von 1937 heuer erstmals wieder den Stand der gleichen Vorjahreszeit. Im Durchschnitt des I. und II. Quartals war er noch um 6,9% und 0,7% niedriger gewesen. Während aber der Index der Investitionsgütererzeugung, trotz günstiger Entwicklung von Bergbau, eisenschaffender-, Magnesit-, Metallhütten- und Fahrzeugindustrie, heuer in allen Monaten unter den gleichen Monaten vom Vorjahr blieb und in der letzten Zeit sogar unter den Stand von 1951 sank, hat die Konsumgütererzeugung den Rückschlag vom Vorjahre schon im II. Quartal überwunden und zuletzt das Niveau von 1951 wieder erreicht.

Da der Beschäftigtenindex nur zögernd der Produktionsentwicklung folgte, weil die Firmen unter dem anhaltenden Konkurrenzdruck ihre Produktivitätsreserven auszuschöpfen begannen, nahm auch die Produktivität (Produktion pro Beschäftigten) zu. Während im Durchschnitt der ersten sieben Monate 1953 der Beschäftigtenindex um 3,7% niedriger war als im Vorjahre, lag der Durchschnitt des Produktivitätsindex in der gleichen Zeit mit 102,5% (1937 = 100) um 2,8% höher.

Der Index der *Bergbauproduktion* ging im August wegen der geringeren Zahl von Arbeitstagen um 7,0% zurück. Die arbeitstägige Förderung nahm hingegen leicht zu (um 0,5%) und war um 8,9% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Urlaubssaison wirkte sich viel weniger stark aus als im Vorjahre. Die günstige Konjunkturlage beschränkt sich allerdings vorwiegend auf die großen Bergbauzweige (Kohle, Eisenerz).

Die *eisenschaffende* Industrie erhält in der letzten Zeit kräftige Impulse vom Exportgeschäft und kann dank ihnen ihr Produktionsvolumen noch immer ausdehnen. In allen Erzeugnissen (Roheisen, Rohstahl und Walzwaren) wurden im Juli neue Produktionsrekorde erreicht.

Die *Auslandsnachfrage* konzentriert sich allerdings nur auf wenige Produkte, vor allem Roheisen und Grobbleche, während die Bemühungen, die

neuen Anlagen (vor allem die Breitbandstraße) durch Exporte besser zu beschäftigen, bisher wenig erfolgreich waren. Der Feinblechexport betrug in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 10.352 t, während in der gleichen Zeit zwar Aufträge für 40.677 t eingingen, 21.399 t aber wieder storniert wurden. Dagegen wurden in der gleichen Zeit 59.754 t Grob- und 4.261 t Mittelbleche exportiert, für die Aufträge auf 81.001 t und 7.225 t einliefen, während 3.587 t und 1.854 t wieder storniert wurden.

60.000 t oder 63% der Exporte an Kommerzeisen entfielen von Jänner bis Juli auf Grobbleche, nur 11% auf Feinbleche, 12% auf Walzdraht und der Rest von 14% auf Mittelbleche, Stabeisen, Formeisen und Schienen.

Die Kommerzeisenexporte waren im 1. Halbjahr 1953 um 32% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Sie waren allerdings, neben der radikalen Einschränkung der Importe, das einzige Ventil für den Überdruck, den der beträchtliche Ausbau der Produktionskapazität bei gleichzeitig abnehmender Inlandsnachfrage erzeugt hat.

Die Aufträge auf Kommerzwalzwaren aus dem Inland haben in der letzten Zeit abgenommen. Storni werden immer häufiger. Im 1. Halbjahr 1951 betrugen sie nur knapp 2%, im 1. Halbjahr dieses Jahres dagegen fast 37%. Zwischen Jänner und Juni 1953 ging der Auftragsbestand von 276.429 t auf 215.882 t zurück, obwohl Aufträge auf 170.048 t eingingen und gleichzeitig 167.976 t geliefert wurden.

Auftragseingang, Lieferung und Auftragsbestand bei Kommerzwalzwaren

Zeit	Auftragseingang	Lieferung	Auftragsbestand ¹⁾	Storni
1. Halbj. 1951	228.819	125.556	259.567	5.919
2. „ „	212.517	145.453	318.880	7.751
1. „ „	198.493	150.578	308.869	37.904
2. „ „	165.910	155.941	276.429	42.409
1. „ 1953	170.048	167.976	215.882	62.619

¹⁾ Ende der Berichtsperiode.

Obwohl die Inlandslieferungen der heimischen Hüttenindustrie zunahmen, hat der Inlandsverbrauch an Walzwaren seit dem Vorjahre nachgelassen. Während die Belieferung der Inlandskunden mit Kommerzware im 1. Halbjahr 1953 um 8% höher war als zur gleichen Vorjahreszeit, wurden die Importe um 65% (von 40.713 t auf 14.110 t), der Eigenbedarf der Hüttenwerke (hauptsächlich Fertigungsbedarf für die eigenen Verarbeitungsbetriebe) um 23% (von 69.230 t auf 53.251 t), die Lohnwalzung um 72% (von 20.109 t auf 5.585 t) und schließlich der Absatz von Edelstahlwalzwaren um 30% (von 33.863 t auf 23.588 t) eingeschränkt. Der gesamte Inlandsverbrauch an

Walzwaren ging daher von 324.949 t um 17% auf 270.736 t zurück. In der gleichen Zeit stiegen zwar die Exporte von Kommerzware um 91% (von 38.160 t auf 72.948 t), gingen aber die Edelstahl- exporte um 19% (von 32.862 t auf 26.479 t) zurück, so daß der gesamte Export nur um 28.405 t (40%) zunahm, der Inlandsverbrauch aber um 54.213 t abnahm.

Export und Import von Walzwaren

Zeit	Kommerz- ware	Export Edelstahl	zusammen	Import
1. Halbj. 1951	40.495	31.261	71.756	17.534
2. „ „	35.680	29.809	65.489	29.776
1. „ 1952	38.160	32.862	71.022	40.713
2. „ „	55.333	31.460	86.793	19.401
1. „ 1953	72.948	26.479	99.427	14.110

Inlandsversorgung mit Walzmaterial

Zeit	Import	Inlandslieferungen Kommerz- ware ¹⁾	Eigen- bedarf Edel- stahl	Lohn- walzung	Inlands- verbrauch	
1. Halbj. 1951	17.534	137.733	34.432	60.361	7.427	257.487
2. „ „	29.776	162.611	35.279	58.597	15.488	301.751
1. „ 1952	40.713	161.034	33.863	69.230	20.109	324.949
2. „ „	19.401	164.112	30.432	52.162	14.373	280.480
1. „ 1953	14.110	174.202	23.588	53.251	4.585	270.736

¹⁾ Einschließlich Nutzeisen und Pa-Material.

Während die Kommerzeisenwerke die Verschlechterung des Inlandsgeschäftes durch Exportsteigerungen ausgleichen konnten, erlitten die Edelstahlwerke sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft schwere Einbußen.

Das Roheisen-Exportgeschäft nahm heuer erneut einen starken Aufschwung. Im 1. Halbjahr 1953 wurden 276.180 t Roheisen, um 8% mehr als im 1. Halbjahr 1952 exportiert. Da die beiden neuen Blasstahlwerke die Stahlerzeugung stark erhöhten, nahm auch der Roheisenverbrauch erheblich zu. Nur der Absatz an sonstige Inlandskunden, vor allem an die Gießereiindustrie, war wegen der Stagnation in diesem Zweige rückläufig.

Die hohen Roheisenexporte werden auf die Dauer kaum aufrechterhalten werden können, da die Versorgung des internationalen Marktes stark zunimmt. Gegenwärtig werden nur knapp 60% des erzeugten Roheisens im Inlande selbst benötigt.

Erzeugung, Verbrauch und Export von Roheisen

Zeit	Erzeugung	Eigen- verbrauch ¹⁾	Inlands- kunden	Export	Lager- bestand ²⁾
1. Halbj. 1951	478.060	232.990	72.250	144.630	48.216
2. „ „	571.378	256.535	82.718	207.156	67.885
1. „ 1952	605.490	253.296	79.784	255.799	80.340
2. „ „	559.898	225.430	64.719	255.465	97.264
1. „ 1953	612.928	308.900	52.294	276.180	72.337

¹⁾ Für Stahlerzeugung. — ²⁾ Ende der Berichtsperiode.

Anfang September wurde das neue Kaltwalzwerk, die letzte Anlage der Blecherzeugung bei den VÖEST in Linz, in Probetrieb genommen. Schon zwei Tage vorher lief die kontinuierliche Bandbeizanlage an. Das Walzwerk, es handelt sich um ein 66 Zoll Quarto-Reversiergerüst, ermöglicht erstmalig die Erzeugung von tiefziehfähigen Blechen hoher Qualität in größeren Mengen. Die Kapazität der Anlage beträgt 60.000 bis 80.000 t pro Jahr.

Der Index der Metallhütten ist im Juli weiter um 7,8% zurückgegangen, weil die Bleierzeugung eingeschränkt blieb und die Elektrolytkupfererzeugung in der alten Anlage allmählich ausläuft. Die Aluminiumerzeugung blieb weiterhin auf dem in den Vormonaten erreichten hohen Niveau, das beträchtlich über dem des Vorjahres liegt.

Die Gießereiindustrie, die normalerweise ein starkes Herbstgeschäft verzeichnet, hat von allen Industriezweigen den stärksten Konjunkturrückschlag erlitten und meldet noch immer sinkende Auftrags-eingänge. Im Juli ging die Produktion weiter um 4,1% (arbeitstägig gerechnet sogar um 9,5%) zurück. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes blieb sie im August annähernd unverändert. Die Unternehmer rechnen für die folgenden Monate sogar mit weiteren Einschränkungen, statt mit der saisonüblichen Belebung.

Auch in der Fahrzeugindustrie scheint sich allmählich eine Konjunkturwende abzuzeichnen. Bis zum I. Quartal 1953 hatte die rasche Aufwärtsentwicklung ihrer Produktion, trotz Rückschlägen auf kleineren Teilgebieten, unvermindert angehalten. Seither aber konnte das Vorjahresniveau nicht mehr erreicht werden. Im Durchschnitt der vier Monate April bis Juli lag der Produktionsindex um 5,5% unter dem vom Vorjahre, während er im I. Quartal noch um 6,2% höher gewesen war.

Die erhebliche Abschwächung der Nachfrage nach Fahrzeugen verschonte allein die Motorradindustrie, deren In- und Auslandsabsatz unverändert günstig ist; in den ersten sieben Monaten dieses Jahres konnte sie um 48% mehr produzieren als im Vorjahre. Die Lastkraftwagenerzeugung war von Jänner bis Juli um 29%, die Autobuserzeugung um 16% und das Personenkraftwagenassembling um 26% geringer als im Vorjahre. Zwar wurden noch um 15% mehr Traktoren erzeugt, weil hier die Konjunktur bis zum I. Quartal angehalten und zu Rekordproduktion geführt hatte. In den letzten Monaten ging die Nachfrage aber rasch zurück und die Erzeugung mußte unter das Vorjahresniveau eingeschränkt werden.

Der Inlandsmarkt ist mit Fahrzeugen aus heimischen Werkstätten weitgehend gesättigt (ausgenommen Motorräder). Das Exportgeschäft kann keinen Ausgleich mehr bieten. Selbst der gegenwärtige Exportumfang kann nur mühsam aufrechterhalten werden, seit die internationale Konkurrenz stärker zunimmt.

Auch in der *Maschinenindustrie* hält der Rückgang der Gesamtproduktion an. Im August ging die Produktion um 4'1% (arbeitstägig um 9'5%) zurück und war damit im Durchschnitt der ersten sieben Monate dieses Jahres um 6% und 16% niedriger als zur gleichen Zeit der beiden letzten Jahre. Einzelne Branchen, wie z. B. die Landmaschinenindustrie, die für die ausgefallene Inlandsnachfrage keine entsprechenden Exportmöglichkeiten fanden, erzeugen gegenwärtig kaum die Hälfte des Vorjahres. Der Rückgang der Gesamtproduktion gegenüber dem Vorjahre wäre noch viel krasser, wenn nicht einige Branchen, vor allem auch exportfähige Firmen, ihr Produktionsvolumen hätten halten und zum Teil sogar noch ausbauen können.

Nach der Gießereiindustrie ist die *Elektroindustrie* vom Konjunkturrückschlag am stärksten betroffen. Die Erzeugung war im Durchschnitt Jänner bis Juli 1953 um 22% geringer als in den Jahren 1952 und 1951. Die Absatzflaute beschränkt sich seit dem heurigen Frühjahr nicht mehr nur auf die Konsumgüter erzeugenden Sparten, sondern hat inzwischen auch auf die meisten Betriebe der Schwerelektroindustrie übergreifen, obwohl sich deren Exportgeschäft bisher bemerkenswert gut gehalten hat. In den ersten sieben Monaten 1953 waren die Exporte der Elektroindustrie mengenmäßig um 30% (wertmäßig allerdings nur um 4%) größer als in der gleichen Zeit des Jahres 1952. Der von Investitionseinschränkungen verursachte Rückgang des Inlandsabsatzes konnte dadurch nicht wettgemacht werden.

Der Index der *Baustoffindustrie* hat im Juli mit 274'4% von 1937 den saisonbedingt höchsten Stand dieses Jahres erreicht, blieb aber um 14% und 10% hinter dem Stand der beiden Vorjahre zurück. Die nach der Stagnation in den Sommermonaten erhoffte Absatzbelebung im Herbst ist nur teilweise eingetreten. Die Bestellungen nahmen zwar ab Juli und Anfang August rasch zu und kündigten ein gutes Herbstgeschäft an. Schon in der ersten Septemberhälfte rissen sie aber unvermittelt ab. Die großen Lagerbestände werden (ausgenommen Zement) bis zum Winter nicht verkauft werden können und die Industrie wird, erstmals in der Nachkriegszeit, für die Bausaison im Frühjahr größere Vorräte verfügbar haben.

In der *chemischen Industrie* wurde die günstige Entwicklung der letzten Monate durch die Urlaubssaison nicht unterbrochen. Im Juli stieg die Produktion um 4'7% und erreichte damit erstmals seit zwei Jahren wieder fast den bisherigen Höchststand. An der günstigen Entwicklung sind fast alle Branchen beteiligt, ausgenommen die Zündholzindustrie, die seit langem nur einen Bruchteil ihrer übergroßen Kapazität ausnutzt.

Unter dem Schutz der Außenhandelslenkung wurde in den vergangenen Jahren die Erzeugung vieler Chemieprodukte im Inlande aufgenommen und das Produktionsprogramm der chemischen Industrie erheblich vergrößert. Soweit die Erzeugung auf dem Inlandsmarkt allein untergebracht werden kann, werden die Erzeuger vorläufig noch durch Außenhandelslenkung, Devisenbewirtschaftung und Zölle geschützt. Wo aber die Kapazität über den Inlandsbedarf hinausgeht und Absatz im Auslande gesucht wird, zeigt es sich, daß die Gesteungskosten vielfach über die erzielbaren Exporterlöse gestiegen sind. Wo die für den Export verfügbare Kapazität in einem ungünstigen Verhältnis zum möglichen Inlandsabsatz steht und Exportverluste nicht mehr auf die Inlandspreise überwältigt werden können, ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten. Dies ist z. B. bei der Zellwolleerzeugung der Fall, wo gegenwärtig trotz einer nur 60%igen Ausnutzung der vorhandenen Kapazität 40% der Erzeugung exportiert werden müssen. Außerdem müssen zwei Drittel des Inlandsabsatzes (die für indirekten Export bestimmt sind) ebenfalls verbilligt abgegeben werden. Die internationale Konkurrenz offeriert gegenwärtig in Westeuropa Dumpingpreise und es bestehen kaum ausreichende Möglichkeiten, das Auslandsgeschäft auf Kosten des inländischen Marktes zu fördern.

Auch die *Papierindustrie* konnte im August die günstigen Ergebnisse der Vormonate aufrechterhalten und die Erzeugung beträchtlich über das Niveau der beiden Vorjahre steigern. Der Produktionsindex stieg um 0'4% (arbeitstägig um 8'4%) und war damit um 7% und 27% höher als zur gleichen Zeit der Jahre 1951 und 1952.

In der *Leder- und Schuhindustrie* setzte der saisonbedingte Produktionsrückschlag heuer schon um einen Monat früher ein als üblich. Im Juli und August verlief die Erzeugung saisongemäß, war aber um 22% und 18% höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Die Nachfrage hat inzwischen zugenommen und das Herbstgeschäft dürfte demnach annähernd normal verlaufen.

Unverändert ungünstig ist die Lage nur in der Lederindustrie, soweit sie Bodenleder erzeugt. Die in

den letzten Jahren immer stärkere Umstellung der Erzeugung von technischen Lederartikeln und Schuhen auf neue Werkstoffe (Gummi, Plastik, Nylon, Perlon), hat besonders die Nachfrage nach Bodenleder (Schuhsohlen, Treibriemen usw.) strukturell vermindert. Da die Kapazität der Betriebe aus diesen Gründen auch bei bester Konjunktur nicht ausgenutzt werden kann und Exporte von Unterleder aus Preisgründen kaum in Frage kommen, versuchen bereits einige Betriebe, sich auf die Erzeugung von Oberleder umzustellen, weil hier die neuen Materialien, ausgenommen in der Lederwarenindustrie (Handtaschen usw.) noch keinen so tiefen Einbruch erzielt haben und bessere Absatzverhältnisse bestehen. Auf die Dauer dürfte aber der Lederabsatz, so wie in anderen Ländern, auf allen Verwendungsgebieten stark zurückgehen.

Die *Textilindustrie* arbeitete bis Juli, abgesehen von geringen Einbußen im I. Quartal, die aber später wieder ausgeglichen wurden, der Jahreszeit entsprechend. Sie hat allerdings bei weitem noch nicht das Niveau des Konjunkturjahres 1951 erreicht. Im August nahmen die Auftragseingänge in der Baumwollindustrie etwas zu, während sie sich in der Wollindustrie noch nicht belebten. Da es noch immer erhebliche Fertigwarenlager gibt (nur die an Zellwollgarnen konnten dank günstigen Exporten geräumt werden), dürfte die Herbstsaison heuer etwas später als üblich beginnen. Auch im Vorjahre begann sie später (erst im September) und blieb trotzdem unbefriedigend.

In der *Wirkwaren- und Bekleidungsindustrie* dagegen setzte das Herbstgeschäft schon im August voll ein. Die Erzeugung nahm stark zu und man erwartet auch in den nächsten Monaten weitere Produktionssteigerungen, weil die Inlandsnachfrage lebhaft ist und teilweise auch größere Exportorders hereingebracht werden konnten.

Umsätze

Dazu *Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3*

Die Nachfrage nach Konsumgütern war auch im August trotz der Urlaube verhältnismäßig lebhaft. Obwohl die Umsätze des Einzelhandels im August gewöhnlich stärker sinken und vielfach den niedrigsten Stand des Jahres erreichen, sind sie heuer gegenüber Juli im ganzen gleichgeblieben und haben je Verkaufstag¹⁾ sogar um 8% zugenommen. Wertmäßig wurde um 8%, mengenmäßig sogar um etwa 11% mehr verkauft als im Vorjahr, obwohl der Absatz auch damals ziemlich befriedigend war. Das Umsatz-

volumen vom August 1950 und 1951 wurde um 11% und 12% übertroffen.

Die Saisonräumungsverkäufe, die heuer in Wien vom 20. Juli bis 8. August stattfanden und in den Bundesländern erst im August begannen, haben nur in den großen Warenhäusern und Filialbetrieben den Absatz stärker belebt. Das erklärt sich daraus, daß nur die Großbetriebe in der Lage sind, ein größeres Warensortiment zu reduzierten Preisen anzubieten. Nach den Angaben Wiener Warenhäuser war während dieser Veranstaltungen der tägliche Kundenbesuch um durchschnittlich 35%, der Umsatz um 15% höher als an den übrigen Verkaufstagen dieser Monate. Das Ergebnis der vorjährigen Sommerräumungsverkäufe wurde um etwa 20% (Kundenbesuch und Umsatz) übertroffen. Es scheint, daß zunehmend Konsumenten auch ihren normalen Bedarf bei den Räumungsverkäufen decken.

Die lebhaftere Nachfrage der Konsumenten, die schon seit Juli anhält, ist vor allem auf die Erhöhung der Einkommen der Unselbständigen zurückzuführen. Die Entnivellierung der Gehälter im öffentlichen Dienst und in verschiedenen anderen Wirtschaftszweigen, die Nachziehung niedriger Löhne, die Auszahlung von Pensionen an Volksdeutsche, die Erhöhung von Renten und Pensionen sowie die Aufhebung der Grenze für den Bezug der Kinderbeihilfe dürften den Einkommensausfall, der durch den leichten Rückgang der Beschäftigung²⁾ entstanden ist, überkompensiert haben. Diese zusätzlichen Einkommen erhöhten vor allem die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern und anderen Waren des elastischen Bedarfs.

Aber auch die gute Fremdenverkehrssaison hat den Absatz des Einzelhandels in diesem Sommer belebt. Da verschiedene österreichische Konsumgüter bei den geltenden Kursen für viele Ausländer relativ billig sind, wurden neben Reiseandenken vielfach auch Bedarfsgüter in größerem Umfang gekauft. Insbesondere Reisende mit eigenen Wagen, die sich nur kurz in Österreich aufhielten und in der Übernachtungsstatistik meist gar nicht erfaßt sind, kauften viel ein. Seit es an der Demarkationslinie keine Kontrollen mehr gibt, wirkt sich dieser indirekte Export heuer erstmals auch im Wiener Einzelhandel stärker aus. Außerdem hat die steigende Marktproduktion die Kaufkraft der Landwirtschaft erhöht und neben der Nachfrage nach Produktionsmitteln auch die nach Konsumgütern gesteigert. Dazu kommt, daß die Konsumneigung der Bevölkerung zugenommen hat, seit die Preise nicht mehr sinken.

¹⁾ Der Juli hatte heuer 27, der August 25 Verkaufstage.

²⁾ Im Juli und August war die Zahl der Beschäftigten nur um durchschnittlich 0,4% geringer als im Vorjahr.

Der private Konsum ist gegenwärtig neben dem Export die bedeutendste Stütze der Konjunktur. An Ratengeschäften interessierte Unternehmerrkreise schlagen eine Ausweitung und Verbilligung von Bankkrediten für Konsumfinanzierungszwecke vor und fordern eine staatliche Subvention in Form öffentlicher Zinszuschüsse.

Mit der Umsatzbelebung scheint auch die Nachfrage des Einzelhandels bei den vorgelagerten Stufen wieder zuzunehmen. Nach den Ergebnissen des „Konjunkturtestes“ sind die Auftragseingänge bei den meisten Konsumgüterindustrien im Juli, insbesondere aber im August gestiegen oder teilweise gleichgeblieben, was nicht allein mit dem Beginn der Herbstsaison zusammenhängen dürfte. Vorwiegend rückläufig war die Nachfrage nur bei einzelnen Waren, teils saisonbedingt (z. B. Fahrräder), teils weil sich der Einzelhandel wegen erwarteter Preissteigerungen stärker bevorratet hatte (z. B. Seife, Waschpulver). Insbesondere die Auftragseingänge in der Möbelbranche, die seit Monaten nahezu ständig rückläufig waren, haben im August durchwegs zugenommen. Auch die günstigen Abschlüsse verschiedener Konsumgüterindustrien auf der Wiener Herbstmesse lassen erwarten, daß die lebhaftere Konsumentennachfrage nunmehr auch der Industrie zugute kommen wird.

Veränderungen der Mengenumsätze des Einzelhandels¹⁾

	I. Quartal	II. Quartal	Juli	August
		1953 gegenüber 1952		
		Veränderungen in %		
Lebensmittel	+ 6'7	+ 5'1	+13'2	+12'1
Tabak	+ 0'7	+ 1'2	+ 2'3	- 0'9
Textilien	+14'6	+12'8	+ 7'9	+24'4
Schuhe	+10'6	- 2'8	+15'3	+ 3'2
Möbel und Wohnbedarf	- 6'7	- 4'3	+ 7'1	+16'0
Sonstiges	+11'9	+ 2'1	+11'8	+10'8
Insgesamt	+ 5'8	+ 4'1	+ 9'8	+10'6

¹⁾ Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit einigen Adaptierungen).

Die Umsätze haben sich in den einzelnen Branchen sehr ungleich entwickelt. *Möbel, Teppiche, Gardinen* wurden entgegen den Saisonserwartungen um 13% mehr gekauft als im Vormonat. Der Umsatz des Vorjahres wurde wertmäßig um 20%, mengenmäßig um etwa 25% übertroffen. Neben der Einkommenserhöhung hat auch die Ausweitung der Krediten den Absatz belebt. Die lebhaftere Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen, die schon im Juli einsetzte, hat den Umsatzausfall des 1. Halbjahres wieder weitgehend ausgeglichen.

Auch der Absatz von *Lebensmitteln* stieg um 3%, obwohl infolge der Urlaube eher ein Rückgang

zu erwarten war. Das Umsatzvolumen des Vorjahres wurde um etwa 11% überschritten. Der bevorstehende Schulbeginn hat die Käufe von *Papierwaren* um 2% erhöht, die Mengenumsätze des Vorjahres wurden allerdings nur knapp erreicht.

In allen anderen erfaßten Branchen sind die Umsätze gegenüber Juli gesunken, doch war der Rückgang durchwegs niedriger, als man saisongemäß erwartet hätte. Das Umsatzvolumen des Vorjahres wurde durchwegs übertroffen oder zumindest erreicht. Die Käufe von *Textilien* nahmen nur um 1% ab (im Vorjahr um 14%) und waren mengenmäßig um etwa 24% höher als im August 1952. Das Umsatzvolumen von August 1951 wurde ebenfalls um etwa 13% übertroffen. *Schuhe* wurden um 8% weniger gekauft als im Vormonat, mengenmäßig aber um etwa 3% mehr als im August 1952. Die Umsätze von *Hausrat, Glas, Porzellan* gingen um 2% zurück (im Vorjahr um 5%); sie waren wertmäßig um 1%, mengenmäßig um etwa 5% höher als vor einem Jahr. *Parfumerie- und Drogeriewaren* wurden um 15%, *Lederwaren* um 1% weniger abgesetzt als im Vormonat. Das Umsatzvolumen des Vorjahres wurde in beiden Branchengruppen überschritten. Der Umsatz von *Tabakwaren* sank gegenüber Juli um 4% und erreichte nur knapp den Vorjahresstand.

Das Nettoaufkommen an *Umsatzsteuer* (einschl. Bundeszuschlag) ist im August um 3% auf 369 Mill. S gefallen und lag um 1% über dem Vorjahresstand. Demgegenüber ist der Index der Einzelhandelsumsätze im Juli um 6% gestiegen und war um 7% höher als im Vorjahr. Diese Diskrepanz erklärt sich zum Teil daraus, daß Ausfuhr- und Ausfuhrhändlervergütung mit steigendem Export zugenommen haben. Tatsächlich ist der Bruttoertrag der Umsatzsteuer (einschließlich Rückvergütungen) im August um 2% gestiegen. Auch zeitliche Verschiebungen und abweichende Umsatzentwicklung in den vorgelagerten Wirtschaftsstufen bedingen diese Unterschiede.

An *Verbrauchssteuern* gingen im August 194 Mill. S ein, um 7% mehr als im Vormonat, jedoch um 11% weniger als im August 1952. Der Zuwachs gegenüber dem Vormonat entfällt vor allem auf die saisonbedingte Erhöhung der Bier- (+ 20%) und Weinsteuer (+ 26%). Außerdem sind auch die Erträge der Tabak- (+ 5%), Mineralöl- (einschließlich Aufbauschlag + 5%) und Salzsteuer (+ 1%) gestiegen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich auf die Mindereingänge an Tabaksteuer (- 27%) zurückzuführen, während die Erträge der meisten übrigen Verbrauchssteuern zunahmen.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Im August entwickelte sich die Arbeitslage sehr günstig und auch im September nahmen die Neueinstellungen noch zu, wenn auch die Zahl der Arbeitslosen nicht mehr zurückging.

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im August um 17.100 (0,9%) auf 1,983.900 und im September um weitere 5.700 (0,3%) auf 1,989.600¹⁾; sie hat erstmals in diesem Jahre den Vorjahresstand überschritten. Ende September 1951 wurden 2,048.200 Beschäftigte gezählt.

In der Land- und Forstwirtschaft werden gewöhnlich schon im August Arbeitskräfte freigestellt. Da aber in diesem Jahre die Getreideernte um 2 bis 3 Wochen später begann, erhöhte sich der Bedarf im August noch um 1.800 Personen. Die Zahl der Beschäftigten war daher um 2.500 höher als im Vorjahr, hat aber nach vorläufigen Meldungen saisongemäß im September wieder um 4.500 Personen abgenommen.

In Bergbau, Industrie, Gewerbe und Handel nahm die Beschäftigung im August um 15.500, im September um 10.200 zu. Diese Steigerung ist neben der Belebung in einigen Konsum- und Exportgüterindustrien dem Jugendeinstellungsgesetz zu verdanken.

Die Zahl der vorgemerkten *Arbeitsuchenden* sank im August um 5.100 (3,8%) auf 129.200 und blieb Ende September unverändert.

Mit Ausnahme einer leichten Erhöhung bei den Bergarbeitern und saisonbedingt bei den gastgewerblichen Arbeitern und den Haushaltsberufen (Hausgehilfinnen) fiel die Arbeitslosigkeit im August noch in allen wichtigen Berufsklassen. Bei den Bekleidungsarbeitern konnte sogar der Stand des Vorjahres (erstmalig seit März 1953) geringfügig unterschritten werden²⁾.

Die Zahl der arbeitslosen *Jugendlichen* (ohne Lehrstellenbewerber) stieg im August um 400 auf 2.600, die der Lehrstellenbewerber nahm um 4.500 ab, lag aber mit 26.800 ungewöhnlich hoch, obwohl im August nicht weniger als 8.000 neue Lehrstellen besetzt werden konnten (gegenüber 5.600 in den Jahren 1951 und 1952). Unmittelbar vor Inkrafttreten des Jugendeinstellungsgesetzes waren daher fast 30.000 Jugendliche für die Vermittlung von Lehr- und Arbeitsplätzen vorgemerkt.

¹⁾ Vorläufige Zahl.

²⁾ Die Arbeitslosigkeit war Ende August auch bei den Textilarbeitern, Papierarbeitern, den graphischen und chemischen Arbeitern niedriger als im August 1952.

Im September veränderte sich die Arbeitslosigkeit nur wenig. Stärker stieg sie, wie zu erwarten war, bei den gastgewerblichen Arbeitern, leicht bei den Metallarbeitern und Hilfsarbeitern. Dagegen nahm sie bei den Bauarbeitern dank dem verstärkten Einsatz öffentlicher Mittel sowie bei den Holz- und Textilarbeitern noch leicht ab. Die Arbeitslosigkeit stieg geringfügig (um insgesamt 2.800 Personen) in den Bundesländern Niederösterreich, Steiermark, Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg und ging um ebensoviel in Kärnten, im Burgenland und vor allem in Wien zurück. Eine leichte Abnahme (um 300 Personen) bei den männlichen Stellensuchenden wurde durch Zunahme bei den weiblichen ausgeglichen.

Das Arbeitskräfteangebot ist seit Ende Mai um rund 23.000 Personen gestiegen und ist derzeit nicht nur höher als Ende September 1952, sondern liegt sogar leicht über dem von 1951. Ende September gab es nicht nur um 4.800 mehr Beschäftigte, sondern auch um 12.900 mehr Arbeitsuchende als im Vorjahr.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Die Monatsleistung im *Güterverkehr* der Bundesbahnen ist im August auf 485,8 Mill. netto-t-km (+ 6,2%) und 157.415 gestellte Wagen (+ 3%) gestiegen. Da die Zahl der Arbeitstage (25) um 2 niedriger war als im Juli, nahm die Leistung je Arbeitstag noch stärker zu; mit 6.297 gestellten Wagen je Arbeitstag wurde das Juliergebnis um 11% überschritten und das höchste Monatsergebnis seit Jahresanfang erreicht. Vor allem stiegen die jahreszeitlich bedingten Transporte von Getreide, Mehl (+ 3.064 Wagen) und Kunstdünger (+ 2.103); aber auch der Bedarf an Wagen für Stickstoff (+ 2.098) und Baustoffe (+ 1.284) war höher als im Juli. Hingegen gingen die Transporte von Holz, Eisen, Kohle und Koks leicht zurück.

Wagenstellungen nach Güterarten (Voll- und Schmalspur)

	Mai	Juni	Juli	August	August (+) (—) gegen Vormonat insges. Arbeitstag in %	
Insgesamt	139.603	146.727	152.945	157.415	+ 2,9	+ 11,2
davon						
Kohle, Koks	20.071	20.032	21.290	19.956	— 6,3	+ 1,1
Holz	18.817	19.659	19.015	17.059	— 10,3	— 3,1
Baustoffe	21.063	21.948	22.050	23.334	+ 5,8	+ 14,2
Eisen, Metalle ...	9.356	9.857	10.638	9.704	— 8,8	— 1,5
Papier, Zellstoff..	4.093	4.375	4.386	4.525	+ 3,2	+ 12,3
Erze	6.090	7.600	7.843	8.005	+ 2,1	+ 10,0
Kunstdünger	3.276	1.761	2.195	4.298	+ 95,8	+ 112,3
Nahrungsmittel ..	7.870	8.442	8.705	11.715	+ 34,6	+ 45,7
Stückgut	23.502	26.347	26.646	26.181	— 1,7	+ 6,1
Sammelgut	3.664	4.042	4.445	4.108	— 7,6	— 0,6
Zuckerrüben	1	2	—	2	+	+
Andere	21.800	22.662	25.732	28.528	+ 10,9	+ 19,7

Gegenüber dem Vorjahr ist eine allgemeine, wenn auch nur leichte Verkehrsbelebung festzustellen.

Die Wagenlage war im August günstig; der Nachfrage konnte trotz zeitweiliger Verknappung an gedeckten Wagen in der zweiten Monatshälfte zu 96% entsprochen werden. Allerdings war dies teilweise nur durch eine verspätete Kompensation von EUROP-Wagen möglich, wodurch die EUROP-Wagenmiete von 14.816 Goldfranken im Juli auf 52.709 im August stieg und sich der Durchschnittsaufenthalt eines Wagens von 9,2 Tage auf 12,8 Tage erhöhte. Bei Spezialwagen war neben dem akuten Mangel an langen Flachwagen auch die Lage bei den großräumigen gedeckten Wagen infolge starker Exporte von Schilfrohr nach Westdeutschland unbefriedigend; die Anforderungen der Verfrächter konnten dadurch nur beschränkt befriedigt werden.

Im *Personenverkehr* wurden infolge des starken Urlaubsreiseverkehrs 7,32 Mill. Karten verkauft (Juli 6,55 Mill.). Damit konnte das Ergebnis vom August 1952 (6,88 Mill.) um 6,4% überschritten werden.

Für den österreichischen Überseeverkehr ist der am 10. September auf der Konferenz von Split gegründete österreichisch-jugoslawische Eisenbahnverband bedeutungsvoll. Der Schwerpunkt in dem noch zu erstellenden Tarif liegt auf den Sätzen für den Überseeverkehr über den Hafen Rijeka, die in Globalform (im Nachbarverkehr in Schnittform) als Artikeltarife erstellt werden. Als Tarifwährung wurde der Schweizer Franken gewählt, wie dies auch in den Verbandstarifen mit den anderen Adria- und Nordseehäfen der Fall ist. Wenn auch die Tarifbildung sich an die in Rom am 22. Jänner 1953 getroffenen Abmachungen über die Frachtsatzdifferenz gegenüber Triest zu halten hat, so ist damit doch der Hafen Rijeka dem österreichischen Verfrächter „nähergerückt“ und erheblich stärker als bisher in das Konkurrenzfeld der Seehäfen um das österreichische Transportgut eingetreten.

Im deutsch-österreichischen Seehafentarif (DÖS) wurden die noch offenen Artikeltarife bis 1. bzw. 15. Oktober neu abgefaßt¹⁾. Die bis dahin aufgelaufene Mehrfracht soll den österreichischen Verfrächtern von den Deutschen Bundesbahnen rückvergütet werden, sofern sie noch weiterhin in diesem Seehafentarif (also über die Nordseehäfen) verladen. Wenn auch diese Bedingungen von den meisten Verfrächtern erfüllt werden dürften, so bedeuten sie doch einen unerfreulichen Zwang auf die Wahl des Frachtweges.

Im *Schiffsverkehr* auf der Donau betrug das Transportaufkommen im August 264.832 t, von denen 221.782 t auf die Ein- und Ausfuhr, 31.591 t auf den Transit und 11.459 t auf den Inlandsverkehr entfielen. Gegenüber Juli erhöhte sich das Frachtaufkommen

um 3,8%; Transit- und Inlandsverkehr waren etwas schwächer, während die Einfuhr, vor allem aber die Ausfuhr, stärker zunahm. DDSG und Comos waren an der Gesamttonnage mit 60,9% beteiligt, der Rest entfiel auf die deutsche (25,7%) und jugoslawische Schifffahrt. Das sehr hohe Monatsergebnis (zweit-höchste seit Kriegsende) beruht teils auf einem vermehrten Import von Ruhrkohle, teils aber auch auf höheren Transporten von Roheisen, Stahlblöcken und Blechen, die nach England, Dänemark und Portugal exportiert wurden.

Berg- und Talverkehr waren zwar insgesamt nahezu gleich groß (Berg 126.675 t, Tal 138.157 t), jedoch nicht bei den einzelnen Schifffahrtsgesellschaften und in den einzelnen Verkehrsrelationen. So beförderte die DDSG im internationalen Verkehr 62,4% der gesamten Tonnage talwärts, im Inlandsverkehr 88,1% bergwärts und die jugoslawische Gesellschaft 94,2% ihres Frachtvolumens bergwärts.

Vom gesamten österreichischen Hafenumschlag (244.699 t) entfielen 85,9% (Juli 83,4%) auf Linz und 13,2% auf Wien. Im Wiener Hafenumschlag dominierten Kohle, Koks und Mineralölprodukte.

Im Personenverkehr beförderte die DDSG im August 83.706 Personen gegen 71.100 im Juli.

Schiffsverkehr auf der Donau

	April	Mai	Jun in t	Juli	August
Gesamt	239.392	243.332	270.114	255.023	264.832
Einfuhr	143.238	157.337	164.577	135.189	138.622
Ausfuhr	62.751	59.789	73.685	69.248	83.160
Inland	22.712	11.473	12.477	14.636	11.459
Transit	10.691	14.733	19.375	35.950	31.591
Hafenumschlag					
Linz	187.728	180.118	210.630	194.787	210.134
Wien	55.528	54.594	45.915	36.028	32.401
Waren					
Kohle	131.963	132.041	143.398	111.594	125.114
Roheisen	40.572	39.512	46.923	47.335	50.367
Bleche	10.979	11.013	9.348	10.108	14.811
Mineralölprodukte	14.181	11.565	13.999	11.264	14.701
Andere	41.697	49.201	66.446	74.719	28.248

Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs nach Ungarn haben trotz des prinzipiellen Einverständnisses der ungarischen Regierung noch zu keiner Einigung geführt. Schwierigkeiten ergeben sich in der Regelung des Niederlassungsrechtes sowie aus dem ungarischen Verlangen nach paritätischer Aufteilung des Frachtaufkommens, wozu der ungarische Schiffsraum gegenwärtig nicht ausreichen dürfte, da sehr umfangreiche Aufträge aus Rußland ausgeführt werden müssen.

Der entgeltliche *Straßen-Überlandverkehr* beförderte im Juli im Personen-Linienverkehr 10,85 Mill. Personen, knapp 150.000 Personen mehr als im Juli 1952. Auf den privaten Linienverkehr entfielen 2,91 Mill., der damit sogar unter dem Vorjahresergebnis (2,99) blieb. Im Monat August, für den vom privaten Linienverkehr noch keine Ergeb-

¹⁾ Bei der Neuberechnung der DÖS-Frachtsätze (als Folge der Devisenkursvereinheitlichung vom 4. Mai 1953), die am 1. September wirksam wurden, wurden einige für die Verfrächter günstige Artikeltarife nicht erneuert bzw. deren Regelung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

nisse vorliegen, beförderten Bahn und Post 8'53 Mill. Personen (6% mehr als im Vorjahr), was ungefähr der Frequenzsteigerung im Bahnverkehr entspricht.

Die verstärkte Motorisierung im 1. Halbjahr 1953 (s. Monatsbericht Heft 7, S. 219) hielt auch im Juli und August an. In beiden Monaten wurden insgesamt 11.691 Zulassungen fabriksneuer Fahrzeuge registriert gegen 5.985 in der Vergleichszeit 1952. Die Steigerung betrug bei Motorrädern 5.374 Stück (208%), bei Pkw 502 Stück (43%), bei Lkw 172 Stück (35%), während die Zulassungen von Zugmaschinen und Anhängern um 18% bzw. 7% zurückgingen. Von den im Juli und August 1953 neu zugelassenen 7.961 Motorrädern waren 2.485 in- und ausländische Roller und 4.947 Motorräder der Klasse bis 250 ccm; nur 529 Krafträder entfielen auf schwerere Maschinen. Neue Kraftfahrzeuge wurden überwiegend von kaufkraftschwächeren Schichten erworben.

Im *Luftverkehr* hat der in diesem Jahr lebhaftere Ferienverkehr die Zahl der beförderten Personen auf 10.071 im August gesteigert; 4.794 Personen reisten ein und 5.277 reisten aus. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr beträgt 36'3%. In den Monaten Juli und August wurde das Vorjahresergebnis um 18.560 Personen oder 24'5% überschritten. Vor allem konnten die westlichen Flughäfen Salzburg und Innsbruck (+ 26%) ihre Frequenz erhöhen. Der im Winterfahrplan vorgesehene Anflug von Wien durch die KLM auf ihrer Linie Amsterdam—Istanbul sowie die ebenfalls geplante tägliche Verbindung Zürich—Wien durch die Swiss-Air werden die Frequenz des Schwechater Hafens voraussichtlich noch stärker erhöhen.

Der *Fremdenverkehr* schloß im August mit 4'79 Mill. Übernachtungen ab; 2'16 Mill. (ohne Mittelberg 2'02 Mill.) entfielen auf ausländische Gäste. Im Inländer- wie im Ausländerverkehr hielt sich die Steigerung gegenüber Juli im saisonüblichen Ausmaß; im Vergleich zum August 1952 lag die Frequenz jedoch um 10'3% höher. Die Zunahme ist fast ausschließlich dem stärkeren Besuch von Ausländern zu verdanken, deren Nächtigungszahl um 24'5% zunahm, während sich im Inländerverkehr die Frequenz nur um 0'8% erhöhte. Der Ferienreiseverkehr der Österreicher hat sich stark auf das benachbarte Ausland — hauptsächlich Italien und Jugoslawien — verlagert. Die „Reisewelle“, die in dieser Saison in allen europäischen Staaten zu beobachten war, erstreckte sich vor allem auf einen verstärkten Besuch von Ausländern, während der Inländerverkehr demgegenüber zurückblieb oder sogar stagnierte. Die Entwicklung in Österreich, und zwar sowohl der günstige Ausländerfremdenverkehr als auch der stagnierende In-

länderverkehr, ist keine isolierte, sondern eine allgemein europäische Erscheinung dieser Saison.

Die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr betragen im August 340'2 Mill. S, 65'7% mehr als im August 1952. Seit Jahresbeginn sind 1.221'7 Mill. S bei der Nationalbank eingegangen, gegen 582'7 Mill. in der Vergleichszeit 1952.

Die erheblich stärkere Zunahme der Deviseneinnahmen gegenüber der Zahl der Nächtigungen (Deviseneinnahmen + 109'7%, Nächtigungen + 27'3%, Jänner bis August) scheint — entgegen den bisherigen Vermutungen — doch überwiegend auf einem echten Reiseverkehr zu beruhen. Die Zahl der Grenzübertritte einreisender Ausländer war nämlich in den ersten acht Monaten des Jahres mit 5'29 Mill. um 60'6% höher als im Jahre 1952, während die Fremdenverkehrsstatistik nur eine Steigerung um 33'9% angibt (von 0'99 Mill. auf 1'32 Mill.). Rund 3'9 Mill. Ausländer sind von Jänner bis August 1953 in Österreich eingereist, ohne von der Fremdenverkehrsstatistik erfaßt worden zu sein, entweder weil sie sich nur einen Tag in Österreich aufhielten oder die Anmeldung unterließen. Da der kleine Grenz-Berufsverkehr nur eine untergeordnete Rolle spielt, handelt es sich überwiegend um einen echten devisenbringenden Reiseverkehr, der zum Teil das starke Steigen der Deviseneinnahmen erklärt.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Einfuhr und Ausfuhr nahmen im August zu, die *Einfuhr* um 60 Mill. S oder 6% auf 1.056 Mill. S (davon 51 Mill. S ERP-Einfuhren), die *Ausfuhr* um 29 Mill. S oder 2'5% auf 1.208 Mill. S. Die Einfuhr erreichte volumenmäßig mit 85% von 1937 wieder den Stand vom Juni, die Ausfuhr mit dem außerordentlich hohen Volumen von 159% von 1937 einen neuen Höchststand. Der *Ausfuhrüberschuß* war im August mit 152 Mill. S (203 Mill. S im kommerziellen Verkehr) nur wenig niedriger als im Juli (183 Mill. S im Gesamthandel, 221 Mill. S im kommerziellen Handel).

Die Ergebnisse des Außenhandels wurden im August vom sprunghaften Steigen der Außenhandelsumsätze mit den USA stark beeinflusst. Es hatten sich allerdings zufällig größere Lieferungen angehäuft. Die Ausfuhr wie die (kommerzielle) Einfuhr waren im August im Verkehr mit den USA mehr als doppelt so hoch wie im Juli.

Schaltet man den Handel mit den USA aus den Außenhandelsergebnissen aus, so stieg die Einfuhr im August nur um 9 Mill. S und die Ausfuhr um 4 Mill. S.

Österreichs Außenhandel ohne USA

Zeit	Einfuhr Mill. S	Ausfuhr Mill. S
1953 Juni	1.015	1.093
Juli	906	1.109
August	915	1.113

Da die Ausfuhr normalerweise zu dieser Jahreszeit sinkt — der August zählt zu den saisonmäßig schwächsten Monaten —, dürfte sich die Abwertung noch immer exportbelebend ausgewirkt haben, wenn auch nicht in dem Ausmaß, als man auf Grund der Gesamtexportergebnisse vermuten könnte.

Die Einfuhr aus den USA stieg vor allem infolge größerer Weizen- und Baumwollimporte (beides im Rahmen der kommerziellen Einfuhr). Während im Juli nur 6.120 t Weizen eingeführt wurden, kamen im August 37.870 t, davon weit mehr als die Hälfte aus den Vereinigten Staaten (der Rest aus Kanada). Diese Weizeneinkäufe steigerten den Wert der österreichischen Importe aus den USA von Juli bis August um 45 Mill. S; die Baumwollbezüge erhöhten sich um weitere 8 Mill. S.

Auf der Ausfuhrseite waren es vor allem größere Aluminiumlieferungen, die den Export nach den USA hinaufschnellen ließen. Der Wert der Aluminiumlieferungen nach Amerika stieg von 17 Mill. S im Juli auf 38 Mill. S im August, d. s. 61% des im August insgesamt exportierten Aluminiums. Schon früher — im Jänner dieses Jahres — hatte eine große Aluminiumlieferung nach den USA den Export plötzlich steigen lassen: damals stieg der Export sogar auf 125 Mill. (alte!) S, während im August nur 106 Mill. (abgewertete) S erzielt wurden.

Amerika ist in letzter Zeit ein bedeutender Abnehmer österreichischen Aluminiums geworden. Die Lieferungen erfolgen jedoch sehr unregelmäßig. Während im I. Quartal dieses Jahres 84% (wertmäßig) des exportierten Aluminiums nach den USA gingen, war es im II. Quartal eine bedeutungslose Menge. Im Juli und vor allem im August stieg sie wieder, doch ist auch weiterhin mit starken Schwankungen zu rechnen. Sie kennzeichnen seit je den gesamten Aluminiumexport und die Ausfuhr nach Amerika.

Ausfuhr von Aluminium

Zeit	Insgesamt Monatsdurchschnitt in Mill. S	davon nach den USA	Ausfuhr nach
			den USA in % der Gesamtausfuhr
1952	14'7	2'2	15
1953 I. Quartal	39'1	32'7	84
II. Quartal	15'5	0'4	3
Juli	37'2	17'2	46
August	61'6	37'8	61

Auch der Export nach Großbritannien konnte im August merklich gesteigert werden (um 23 Mill. S auf 140 Mill. S). Ausschlaggebend waren Eisen- und Stahllieferungen (vornehmlich Roheisen). Groß-

britannien wird immer mehr zum Hauptabnehmer der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie — deren Auslandsabsatz an Eisen und Stahl im August erstmalig 100.000 t überschritt —, was von besonderer Bedeutung ist, weil England nicht der Montanunion angehört.

Ausfuhr von Eisen und Stahl

Zeit	Insgesamt Monatsdurchschnitt in Mill. S	davon nach Großbritannien in % der Gesamt- ausfuhr	Ausfuhr nach
			Großbritannien in % der Gesamt- ausfuhr
1952	160'5	29'2	18
1953 I. Quartal	142'9	43'7	31
II. Quartal	173'9	57'6	33
Juli	202'6	65'9	33
August	222'7	86'3	39

Schließlich erholten sich im August auch die Exporte nach Osteuropa, die im Juli auf einen abnormal tiefen Stand gesunken waren. Hingegen nahm die Ausfuhr nach Westeuropa (mit Ausnahme Großbritanniens) und insbesondere nach Westdeutschland ab. Die nach Westdeutschland fiel um 17 Mill. S auf 229 Mill. S, einem Stand, der um 29 Mill. S hinter dem Höchststand vom Juni zurückbleibt. Die Lieferungen von Holz sanken gegenüber Juli um 10 Mill. S, die von Eisen und Stahl um 11 Mill. S und die von Erzen und Schrott um 3 Mill. S.

Die Lockerung der Einfuhr lenkung geht programmgemäß weiter. Für die meisten ehemaligen Agioträger (Importwaren der Koppelungsliste) werden nun Devisen frei zugeteilt⁴⁾, so daß sie zum normalen Kurs eingeführt werden können und dadurch zum Teil billiger werden. Immer mehr Waren, deren Liberalisierung bis spätestens 1. Dezember aufgeschoben werden konnte, werden von Importbeschränkungen befreit. Da die Zahlungsbilanzlage weiterhin gut ist, wird außerdem die Liberalisierung von ihrem gegenwärtigen Stand von 35% auf 50% für Beginn des kommenden Jahres vorbereitet. Im September ergab sich im Verkehr mit der EZU neuerlich ein Überschuß von 12'7 Mill. Dollar, wodurch das Guthaben Österreichs bei der EZU bereits 74'1 Mill. Dollar erreicht und damit die österreichische Quote (70 Mill. Dollar) überschritten hat. Ist die Zahlungsbilanz weiterhin so günstig, so wird wahrscheinlich von der OEEC auch die 50%ige Liberalisierung nur als Durchgangsstadium angesehen und eine baldige weitere Ausdehnung verlangt werden. Die Arbeiten für die Anpassung des Zolltarifes an diese neue Situation sind in vollem Gange; da der neue Zolltarif nicht vor Sommer 1954 beendet sein dürfte, werden partielle Maßnahmen wahrscheinlich schon früher ergriffen werden.

⁴⁾ Siehe ausführliche Angaben im Kapitel Preise.